Nr. 98. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 80 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 11. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Schlacht bei Arras dauert an.

Schlacht bei Arras: Eindringen der Engländer in die deutschen Stellungen. — Französischer Angriff bei Laffaux.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Schlacht bei Arras dauert an.

Nach mehrtägiger Wirkung starker Artillerie- und Minenwerfermassen griffen die Engländer gestern morgen nach heftigster Feuersteigerung in 20 Kilometer Breite unsere Linien an. In hartem Kampf glückte es ihnen, in unsere Stellungen an den von Arras ausstrahlenden Straßen einzudringen; ein Durchbruch ist ihnen nicht gelungen. In zähem Ausharren gegen Ueberlegenheit hatten zwei unserer Divisionen erhebliche Verluste.

Südöstlich von Ypern drangen Sturmtrupps bis über die dritte englische Linie vor, sprengten Unterstände und kehrten mit etwa 50 Gefangenen, 7 Maschinengewehren und Minenwerfern zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein französischer Angriff bei Laffaux (nordöstlich von Soissons) brach in unserem Feuer zusammen.

Längs der Aisne und bei Reims war von Mittag ab die Kampftätigkeit der Artillerie sehr lebhaft.

In der westlichen Champagne beiderseits von Prosnes brachten Erkundungsvorstöße uns 36 Franzosen als Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei mäßigem Feuer und geringer Vorfeldtätigkeit ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 10. April. Abends.

Auf dem Südufer der Scarpe sind nach starkem Feuer neu einsetzende englische Angriffe gescheitert.

An der Aisne-Front hält lebhafter Artilleriekampf an.

Im Osten und in Mazedonien keine größeren Gefechtshandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. April 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher und italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Ohrida-Sees holten unsere Stoßtrupps einige Franzosen aus den feindlichen Gräben.

Der Stellv. d. Chefs des Generalstabs.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Osterbotschaft und die Sozialdemokratie.

Von Paul Lensch.

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts" vom 1. April schrieb ich im Leitartikel: Revolution und Neuorientierung folgende Sätze:

> Es besteht das Mißtrauen, daß Herr v. Bethmann, der ein ehrlicher Mann ist, schon die Absicht und den ernsten Willen zu einer Wahlreform nach dem Kriege haben mag, daß aber möglicherweise nach dem Kriege ein neuer Pharao da sein könnte, der die hinterlassenen Wechsel seines Vorgängers nicht anerkennt. Aus diesem Grunde möchten wir dem deutschen Reichskanzler anheimgeben, in einer verbindlicheren und nicht bloß ihn verpflichtenden Form den festen Entschluß nicht nur einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, sondern unserer gesamten öffentlichen Einrichtungen zu verkünden. Das würde zwar nicht Wunder wirken, wohl aber manches erreichen, zumal ja, solange der Krieg dauert, jede preußische Wahlreform doch nicht praktisch betätigt werden kann, sintemalen Landtagswahlen nicht stattfinden können. Erhalten wir aber die Versicherung, daß die nächsten Landtagswahlen bereits unter einem demokratisierten Wahlrecht stattfinden, so ist manches zur Beruhigung der Gemüter getan.

Was damals in diesen Sätzen verlangt wurde, ist jetzt geschehen: die Osterbotschaft des Kaisers verpflichtet nicht bloß den Reichskanzler, sondern auch den Deutschen Kaiser und König von Preußen. Sie ist kein Privatschreiben, sondern ein staatsrechtlicher Akt. Die Gegenzeichnung des Reichskanzlers macht sie dazu. In ihr ist die Notwendigkeit anerkannt worden, nicht bloß das preußische Wahlrecht, sondern auch unsere gesamten öffentlichen Einrichtungen im demokratischen Sinne zu erneuern.

Nun enthält die Botschaft zwei Ankündigungen, mit denen sich die Sozialdemokratie nicht leicht zufrieden geben wird. Zunächst deutet sie an, daß die von der Staatsregierung geplante Wahlreform in Preußen zwar das allgemeine, unmittelbare und geheime, nicht aber das gleiche Wahlrecht enthalten wird. Sodann soll die geplante Neuorientierung bis auf die Zeit des Friedensschlusses verschoben werden, damit unsere Feldgrauen Gelegenheit haben, bei dieser Neuorientierung ihr kräftig Sprüchlein mit zu sagen.

Was nun das Wahlrecht selber angeht, so wird die Sozialdemokratie ihre Forderung nach dem gleichen Wahlrecht auch für Preußen schlechterdings aufrechterhalten müssen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß das preußische Volk mit einem Surrogat, sei es in Gestalt eines Pluralwahlrechts oder einem anderen Wahlrechtsersatz, abgespeist werden sollte. Ja, darüber hinaus ist die Einführung des Frauenwahlrechts zu verlangen, denn es versteht sich von selber, daß die ungeheure Revolution, die dieser Krieg für die Stellung der Frau im Leben der Nation herbeigeführt hat, ihren Ausdruck finden muß in politischen Rechten. Nicht als „Belohnung" für das Granatendrehen, wie die kindliche Argumentation zuweilen lautet, sondern weil die neue wirtschaftliche Position, die die Frau nicht etwa freiwillig, sondern unter dem Zwang der Verhältnisse eingenommen hat, die Erwerbung politischer Rechte zur Wahrung ihrer Interessen einfach absolut notwendig macht. Hier ist also noch sehr kräftig nachzuholen, und je deutlicher die Sozialdemokratie sagt, daß sie in diesem Punkte nicht mit sich handeln läßt, desto besser wird es sein.

Etwas anders liegen die Dinge in der Frage, ob diese Reform sofort durchgeführt werden soll oder einen Aufschub bis zum Ende des Krieges verträgt. Wir wiederholen, daß wir eine sofortige Durchführung der Neuorientierung und besonders der preußischen Wahlreform natürlich lieber sehen würden als ihre Verschiebung, aber so einfach liegen hier die Dinge nicht.

Zunächst ist es ein merkwürdiger Kasus, daß die Nationalliberalen und selbst Freikonservativen, die bisher an alles eher als an eine sofortige Reform des preußischen Wahlrechts gedacht haben, jetzt plötzlich Feuer und Flamme dafür sind und auch der kaiserlichen Botschaft gegenüber daran festzuhalten scheinen. Gewiß kann man darin eine Rückwirkung der russischen Revolution erblicken, die diesen Kreisen klar gemacht hat, daß, wenn man das morsche Holz nicht beizeiten beseitigt, der Sturm es abbricht. Allein diese Schichten sind sich über den Unterschied russischer und deutscher Verhältnisse zu klar, als daß man in ihrer Haltung lediglich die erleuchtende Wirkung des im Osten aufgegangenen Lichtes erblicken sollte. Sie wissen, daß eine Revolution für Deutschland bei seiner militärischen Situation die sichere totale Vernichtung bedeuten würde, für Rußland

Amerika gegen Deutschland.

„Amerika gegen Deutschland" scheint keine Neuigkeit zu sein und ist es doch! In abgekürzter Rede werden die Vereinigten Staaten gewöhnlich ohne weiteres mit ganz Amerika gleichgesetzt. Nun ist es aber wirklich Ganz-Amerika, das, will man Reuter und Havas glauben, gegen Deutschland mobil macht. Vor allem ist in Brasilien die Aufregung über die Torpedierung der Parana groß. Der Abbruch der Beziehungen soll drohen. Nach Meldung des Londoner Preßbureaus soll der Abbruch bereits erfolgt sein. Der brasilianische Konsul in Cherbourg führt die Untersuchung über den Untergang des Dampfers.

Da es jetzt zum guten Ton gehört, sich dem Weltbund zu Deutschlands Vernichtung anzuschließen, so wollen auch Peru und Chile in den Reigen der Kämpfer für Zivilisation und Menschlichkeit eintreten. Der Urgrund der südamerikanischen Aufregung gegen Deutschland liegt freilich in der materiellen Abhängigkeit von New York, London, Paris und in der Bequemlichkeit des Raubzugs gegen das reiche überseeische Deutschtum. Weil aber die Früchte jahrzehntelanger Pionierarbeit bedroht sind, läßt sich auch die Empörung in Rio de Janeiro und Lima nicht bagatellisieren. Militärisch bedeuten diese Staaten natürlich nichts, absolut nichts. Die „Depeche Coloniale" erfährt nach dem „Lokal-Anzeiger", daß die Zustände in Brasilien keineswegs als beruhigend anzusehen sind. Im Süden des Landes, in Rio Grande do Sul, in Santa Catharina und Sao Paolo haben sich Banden gebildet, denen sich immer neue anschlossen. Im Augenblick besteht eine aggressive Bewegung, deren Umfang und Bedeutung noch nicht übersehen werden kann, die aber Brasilien und seine Freunde mit Sorge betrachten müssen.

Die Vereinigten Staaten werden ihren neuen Freunden sehr kräftig mit Geld aushelfen. Die demokratischen Parteiführer beabsichtigen, am Donnerstag im Repräsentantenhause die Ausgabe von 5 Milliarden Dollar Schatzbonds zu beantragen. Es heißt, es bestehe der Plan, den Alliierten 3 Milliarden (16,5 Milliarden Mark!) davon zu leihen und zwei für die Kriegsausgaben Amerikas zu verwenden.

Der Senat hat der Regierungsmaßnahme zugestimmt, daß derjenige, der in Kriegszeiten Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten zerstört, mit 30 Jahren Gefängnis zu bestrafen sei.

Der Gesetzentwurf betreffend Bildung eines vereinigten Ausschusses von Senat und Kammer für die Angelegenheiten der Kriegführung wird in beiden Häusern zugleich eingebracht werden. Der Ausschuß soll sowohl während der Tagung als auch während der Ferien des Kongresses Sitzungen abhalten.

Oesterreich-Ungarn hat Schweden um die Wahrnehmung seiner Interessen in Amerika ersucht. Man erwartet, daß Bulgarien und die Türkei dem Beispiel Oesterreich-Ungarns folgen werden. Die Maschinen des beschlagnahmten österreichischen Dampfers Franconia sind in der gleichen Weise zerstört wie die Maschinen der deutschen Dampfer.

Der Weltbund zu Deutschlands Vernichtung wirkt in seinen kolossalen Dimensionen schon grotesk. Goliath gegen David!

•

Amerika beschlagnahmt die österreichischen Dampfer.

Amsterdam, 10. April. (Privattelegramm.) Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Die Behörden beschlagnahmten alle österreichisch-ungarischen Dampfer in den amerikanischen Häfen.

Rußland will keine Gebietserweiterungen.

Petersburg, 9. April. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Justizminister Kerenski, der Vertreter der Demokratie in der provisorischen Regierung, hielt in einer allgemeinen Versammlung der Soldatenvertreter eine Rede, in der er sagte, er wolle den Ausstreuungen gewisser Kreise ein Ende machen, die zwischen ihm und der russischen Demokratie dadurch Zwietracht und Mißtrauen zu säen suchten, daß sie das boshafte Gerücht im Umlauf setzten, der Minister sei gegen die ehemaligen Anhänger des früheren Zaren nicht streng genug. Kerenski sagte u. a.:

Wenn ich den Großfürsten Demetrius Pawlowitsch nicht verhaftet habe, so geschah dies, weil er die Verschwörung gegen den Günstling der kaiserlichen Familie, Rasputin, angezettelt hatte; wenn ich den General Iwanow, der versucht hatte, mit Truppen auf Petersburg zu marschieren, um dort die Revolution zu unterdrücken, nicht verhaftet habe, so tat ich das, weil der General alt und krank ist und das Gefängnis ihn in drei Tagen getötet hätte. Was die Gefangenen in Zarskoje Sselo anbelangt, so habe ich sie besucht, um euch zu sagen, daß die sie bewachenden Soldaten mir versprochen haben, nur meinen Befehlen zu gehorchen. Außerdem ist der Kommandant von Zarskoje Sselo mein Freund, zu dem ich volles Vertrauen habe.

Kerenski fuhr fort: Ich werde meinen Posten nicht verlassen, bis die Sicherheit dafür besteht, daß das einzige politische Regime in Rußland die demokratische Republik ist, und da ich ja als Vertreter der Demokratie an der Regierung teilnehme, wird die Regierung demnächst eine Erklärung veröffentlichen, **daß Rußland auf jeden Plan von Gebietserweiterungen verzichtet**, aber die eroberte Freiheit aufs äußerste verteidigen wird.

Die Rede machte, so berichtet die Petersburger Telegraphen-Agentur, auf die Zuhörer starken Eindruck. Die Versammlung jubelte Kerenski zu und sprach ihm einstimmig ihr Vertrauen aus.

dagegen Rettung und Aufstieg herbeiführen kann. Man wird also gut tun, für die Ungeduld dieser Kreise in der Frage der preußischen Wahlreform einen anderen Faktor als Quelle zu suchen, als die Besorgnis vor einer deutschen Revolution. Und dieser Faktor liegt in der Unzufriedenheit dieser Kreise mit Herrn von Bethmann Hollweg in der Frage der Kriegsziele.

Zum größten Teil sind diese Schichten mehr oder weniger offene Kanzlerstürzer. Wie eifrig hier Herr Bassermann tätig war, der ja seine Zustimmung zu der Stresemannschen Rede ausdrücklich erklärt hat, ist bekannt genug. Sie wollen den Reichskanzler aus denselben Gründen stürzen, um derentwillen die Sozialdemokratie gerade sein Verweilen im Amte wünschen muß: wegen seiner relativen Mäßigung in der Kriegszielfrage. Wenn nun aber der Sturz des Kanzlers wegen seiner äußeren Politik nicht geht, vielleicht geht er da wegen seiner inneren Politik! Hier hat man ja die Sozialdemokratie auf seiner Seite und der Ruf: sofortige Reform des preußischen Wahlrechts!, erhoben von Stresemann bis Ebert, wäre vielleicht imstande, den Kanzler zum Rücktritt zu veranlassen. Und in der Tat ist ja im „Vorwärts" mehr als einmal der Sturz des Reichskanzlers verlangt worden. Man stellt sich die Sache so vor, als müßte ein Nachfolger des jetzigen Kanzlers unbedingt die radikalen Wünsche der Linken befriedigen. Allein so sicher wäre das nicht. Wenn man die Sache schon einmal auf die reine Machtfrage ausspielt, so sollte man sich auch ganz kühl die Frage vorlegen, ob man soviel materielle Macht hinter sich hat, um jetzt, wo die ganze Welt auf unsere Fronten loshämmert und unsere Bevölkerung dem Hungertode ausliefern möchte, der Regierung einen Reichskanzler nach dem Herzen der Sozialdemokratie aufzwingen, jawohl, in des Wortes nackter Bedeutung: aufzwingen kann. Wer diese Frage glaubt bejahen zu können, mag sich an der Kanzlerstürzerei beteiligen; wer aber dazu nicht imstande ist, für den ergibt sich eine andere Taktik.

Man vergesse nicht, daß viele der Herrschaften, die es jetzt plötzlich so eilig haben mit der Wahlreform in Preußen, gerade durch eine sofortige Wahlreform die Einführung des Reichstagswahlrechts verhindern zu können hoffen. Ein Mann wie Oktavio v. Zedlitz tritt nur aus diesem Grunde für beschleunigte Neuorientierung in Preußen ein, weil er sich sagt, jetzt im Zeichen des Burgfriedens müßte auch die Wahlreform die Merkmale des Burgfriedens an sich tragen. Sind erst die eigentlichen politischen Machtfaktoren der Neuorientierung, nämlich unsere Feldgrauen, wieder heimgekehrt, so wäre eine durchgreifende Neuorientierung nicht mehr zu verhindern, denn dieses Geschlecht aus dem Schützengraben wird sich sein Recht nicht vorenthalten lassen. Darum sofortige Neuorientierung! Wenn sie dann heim kommen, ist schon alles erledigt.

Das ist die Taktik dieser Elemente, die jetzt ihr reformfreundliches Herz entdeckt haben. Gewiß, sie meinen es lieb und treu, aber a bissel Falschheit ist alleweil dabei. Die Sozialdemokratie möge sich hüten, das Wesen des Radikalismus mit seinem Schein zu verwechseln und vielleicht gerade dadurch die Neuorientierung zu gefährden, daß sie glaubt, keine Minute mehr warten zu können. Die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen muß unter allen Umständen erreicht werden. Die Kraft dazu haben wir jetzt noch nicht, das wissen die Gegner dieses Wahlrechts auch, deshalb wollen sie die Wahlreform beschleunigen. Wir werden die Kraft aber haben, wenn unsere feldgrauen Brüder wieder daheim sind. Dann wird unsere Macht unwiderstehlich sein.

Eine Sonderarmee der provisorischen Regierung.

Bern, 10. April. „Temps" meldet aus Petersburg: In Rußland wurde eine sogenannte Sonderarmee gebildet, die sich bereits an der Front befindet. Der Deputierte Effremoff erklärte namens der Vertreter der Sonderarmee, sie habe der provisorischen Regierung den Eid geleistet und werde sie gegen jeden Einfluß, woher er auch kommen möge, verteidigen. Sollten sich die Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung und den anderen Parteien zuspitzen, so würde sich die Sonderarmee auf die Seite der Regierung und der Duma stellen. Den Arbeitervertretern und den Petersburger Bataillonen wurde eine entsprechende Erklärung abgegeben.

Daß die provisorische Regierung darauf aus ist, aus der russischen Armee ein Werkzeug ihrer kapitalistisch gerichteten inneren und äußeren Politik zu formen, ist aus den zahlreichen militärischen Paraden und kadettischen Paradereden der letzten Wochen hinlänglich klar. Ob aber die Sonderarmee, von der jetzt also laut gesprochen wird, die Wünsche der Regierung schon befriedigen kann, läßt sich aus der Meldung des „Temps" nicht erkennen. Ist sie schon die ersehnte, in allem feste „Macht", mit der gegen die Widersacher der kadettischen Politik gehandelt werden kann? Oder gibt es irgendwelche Gründe, in den Ententeländern durch aufgebauschte Mitteilungen für den Eindruck zu arbeiten, daß die provisorische Regierung keineswegs willens ist, die von links her drängenden, hemmenden revolutionären Gewalten ohne energischen Widerstand zu ertragen? Solche Gründe sind zweifellos vorhanden.

Die russische Revolution wird der Entente ein beklemmender Alp, weil sie an Stelle der unerwarteten Klärung der Kriegslage neue Verwicklungen in Fluß brachte, für die eine schnelle Lösung, die der Ententekrieg braucht, ausbleibt. Von der Unzufriedenheit, die darüber herrscht, zeugen Auslassungen des Petersburger „Djen", die soeben über Kopenhagen bekannt werden. Wie dies Blatt andeutet, hat die englische Regierung der neuen russischen Regierung zu verstehen gegeben, daß sie mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Rußland, namentlich mit der Absetzung des Kaisers Nikolaus, unzufrieden ist. Die Instruktionen Buchanans vor der Revolution gingen nur dahin, die liberalen Parteien in ihrem Kampfe gegen das bestehende Regime zu unterstützen. Der Sturz der Dynastie und die Errichtung einer Republik in Rußland entsprach nicht den Wünschen Englands. Laut „Djen" äußerte Buchanan selbst seine Unzufriedenheit darüber, daß die russischen Liberalen bei ihren jüngsten politischen Maßnahmen seinen Rat nicht eingeholt haben.

Aus diesen Aeußerungen des „Djen" wäre zu schließen, daß England zu Entscheidungen drängt. Daß derartiges geschieht, ist anzunehmen. Wie kritisch die Lage ist, wird auch durch Gerüchte beleuchtet, die in Rußland umlaufen. Nach Nachrichten aus Haparanda ist die Rede von Verhandlungen der englischen Regierung mit dem Exekutivkomitee in Petersburg über Gebietsbesetzungen im Norden Rußlands durch die Engländer sowie über die Abtretung russischer Gebiete an England. Gebiete, die jetzt von deutschen Truppen besetzt sind, befänden sich darunter.

Von diesen Gerüchten heißt es in der Meldung, daß sie sich in Rußland „verdichteten". England verlange Bürgschaften, daß Rußland alle Kräfte und Mittel einsetze, um die genannten Gebiete baldigst zu befreien.

Mit andern Worten: England fängt an, seinem östlichen Alliierten zu drohen. Denn ohne die russischen Sturmwellen, die sich rücksichtslos gegen die deutsche Ostfront vortreiben lassen, stimmt die militärische Rechnung der Entente im Westen nicht mehr.

•

Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung: Am 6. April traf in der Duma eine Abordnung der aktiven Armee ein, die durch Vermittlung des Abgeordneten Schidlowsky dem Vollziehungsausschuß der Duma eine in einer Versammlung von Soldaten der ersten Armee gefaßte Entschließung überreichte. Die Entschließung besagt u. a.: Wir sind tief betrübt, daß der Militärausschuß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten seine Beschlüsse auf unsere Armee ausdehnt ohne unsere Zustimmung und ohne die Billigung der provisorischen Regierung, was zahlreiche Mißverständnisse hervorruft. Wir alle haben die provisorische Regierung anerkannt und ihr den Treueid geleistet und wollen uns auf dem Gebiete der Reformen von ihr führen lassen und die Reformen als bindend betrachten, ausgenommen die militärischen Anordnungen, Bestimmungen und Entscheidungen, die von ihr ausgehen.

In der Sitzung vom 6. April erklärten die militärischen Vertreter der Schwarzen Meer-Flotte und der Garnison von Sebastopol: Denkt daran, daß die großen Schlachten in Monatsfrist beginnen werden und daß dann in Rußland entweder ein neues Leben der Freiheit anheben oder aber, daß es von Deutschland vernichtet werden wird. Das hundertjährige Mißtrauen, das Offiziere und Soldaten hinderte, Hand in Hand zu gehen, muß verschwinden.

Anfrage Rußlands an die Türkei?

Basel, 10. April. „Agence Radio" berichtet vom 9. April aus Petersburg, der russische Minister des Aeußeren Miljukow erklärte bei einem Empfang von Journalisten, Rußland habe an die Türkei eine nichtverbindliche Anfrage gerichtet über die Meerengenfreiheit und die Zukunft Armeniens.

Kriegsresolution des Kadettenkongresses.

Petersburg, 10. April. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Kongreß der Partei der nationalen Freiheit (Kadetten) nahm nach einer Beratung über die auswärtige Politik der provisorischen Regierung einen Beschluß an, in welchem der Kongreß sein volles Vertrauen in die auswärtige Politik der Regierung ausdrückt, die auf die Treue zu den abgeschlossenen Bündnissen gegründet sei. — Der Kongreß ruft ganz Rußland auf, sich um die Regierung zu scharen und ihr die Möglichkeit zu gewähren, den Krieg bis zum Siege und zu einem dauerhaften Frieden fortzusetzen, der die Freiheit der Völker und den Sieg der Demokratien über den Bund der reaktionären Monarchien sichert.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aus Stockholm wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Nach hier vorliegenden Nachrichten macht die Organisationspartei des Arbeiter- und Soldatenrates ständig Fortschritte. Die fast in allen größeren Städten bereits eingesetzten Soldaten- und Arbeiterausschüsse stehen mit dem Petersburger Tätigkeitsausschuß in ständiger telegraphischer Verbindung.

Vorbereitung der russischen Wahlen.

Petersburg, 8. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hat die Schaffung einer besonderen Kommission für die Ausarbeitung der Vorschriften für die Wahlen zur bevorstehenden konstitutionellen Versammlung angeordnet. Die Kommission wird Spezialisten des politischen Rechts, Vertreter der Statistik und andere sachverständige Persönlichkeiten, die den wichtigsten russischen politischen Parteien angehören, umfassen.

Kopenhagen, 10. April. Mitglieder des Rats der Arbeiterdelegierten in ganz Rußland wurden für den 20. April zu einer Reichsversammlung einberufen, in welcher der Zusammenschluß sämtlicher Volksparteien Rußlands und ein einheitliches Parteiprogramm im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu der konstituierenden Versammlung aufgestellt werden soll. Justizminister Kerenski setzt sich sehr für ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Arbeitergruppen und für ihre Einigung auf ein festes Gegenwartsprogramm ein.

Reformen in Finnland und den Ostseeprovinzen.

Amsterdam, 10. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Petersburg: Der Senat von Finnland hat einem Gesetzentwurf über die Rechtsgleichheit der Bewohner von Finnland seine Zustimmung erteilt. Der Gesetzentwurf soll auf dem finnischen Landtag behandelt werden, der nach langer uPase wieder eröffnet ist. Zum Präsidenten des Landtags ist der Sozialist Mannes gewählt.

Der russische Minister des Innern wird eine Kommission einsetzen, die das Verwaltungssystem der Ostseeprovinzen auf der Grundlage der nationalen Autonomie für Letten und Esthen reformieren soll.

Der Krieg auf den Meeren.

Die übliche Ableugnung.

London, 8. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Admiralität gibt bekannt: Eine deutsche drahtlose Pressemeldung vom 1. April behauptet, daß ein englischer Hilfskreuzer von 8000 Tonnen durch ein Unterseeboot im März versenkt worden sei. Es ist kein englischer Hilfskreuzer durch ein deutsches Unterseeboot in diesem Monat versenkt worden. Die deutsche Behauptung ist wie gewöhnlich glatte Erfindung.

Wie uns hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat es sich bei dem in Frage stehenden, von einem unserer U-Boote versenkten Dampfer von 8000 Br.-R.-T. ohne Zweifel um einen Hilfskreuzer gehandelt. Das Schiff hatte, wie vom U-Boot einwandfrei festgestellt ist, mehrere Geschütze und fuhr unter Kriegsflagge. Seine Besatzung, etwa 200 Mann, war uniformiert, die Leute trugen blaue Hosen, weiße Hemden. Das Aussetzen der 12 Rettungsboote geschah kriegsschiffmäßig nach Kommando von der Brücke aus in Ordnung und vollkommen exerziermäßig.

London, 8. April. Die Admiralität gibt bekannt: Seeflugzeuge griffen in der Nacht zum 8. April die Mole von Zeebrügge an und warfen zahlreiche Bomben ab. Im Zusammenwirken damit wurden auch militärische Angriffe auf die Munitionsniederlagen in Gent und Brügge gemacht. Die Flugzeuge sind unversehrt zurückgekehrt. In derselben Nacht torpedierten wir in der Höhe von Zeebrügge zwei feindliche Zerstörer. Einer von ihnen wurde sinkend gesehen, das Schicksal des zweiten ist ungewiß, er wurde aber sehr schwer beschädigt. Wir erlitten keine Verluste.

Zusatz: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist militärischer Schaden durch die Fliegerangriffe nicht angerichtet. In Brügge wurde ein Belgier getötet, zwei Frauen wurden verwundet. Wie durch den Chef des Admiralstabes bekannt gegeben, ist ein Torpedoboot von einem feindlichen U-Boot vor der flandrischen Küste versenkt worden; ein zweites Torpedoboot ist wohl angegriffen worden, der darauf abgegebene Torpedoschuß ist aber vorbeigegangen.

Seesperre und Versenkungen.

Madrid, 9. April. (Havas.) Das amerikanische Segelschiff Edwin Hund (1005 To.) wurde durch Torpedoschuß versenkt.

Letzten Sonnabend brachte ein dänisches Schiff Schiffbrüchige von neun Fahrzeugen in Almeria an Land.

Amsterdam, 10. April. „Algemeen Handelsblad" wird aus Hoek van Holland gemeldet, daß der englische Dampfer Kitty Wake, der mit einem Konvoi nach Rotterdam fuhr, nicht (wie anfangs gemeldet wurde) auf eine Mine gelaufen, sondern von einem U-Boot torpediert worden ist.

Kopenhagen, 10. April. Ritzau-Meldung. Der dänische Dampfer Wladimir Reitz ist in der Nordsee versenkt worden. Zwei Mann wurden getötet.

Kristiania, 10. April. Ritzau-Meldung. Die norwegische Barke Fiskaa und die norwegischen Dampfer Solstedt und Kongshaug wurden von Unterseebooten versenkt.

Bern, 9. April. Die Agentur Radio meldet aus Le Havre: Die Untersuchung über die Versenkung des brasilianischen Dampfers Parana ergab, daß nur ein Mann umgekommen ist.

Kopenhagen, 9. April. Das dänische Ministerium des Aeußern meldet: Nach einer telegraphischen Meldung des dänischen Gesandten in London ist der dänische Schooner Bris, auf der Reise von England nach Dänemark mit Reis und Mehl, am letzten Donnerstag in der Nordsee versenkt worden. Zwei Mann der Besatzung sind umgekommen.

„Nationaltidende" meldet aus Malmö: Die Kogrundrinne und die inneren Gewässer am Falsterboriff sind nun wieder fahrbar. Das Feuerschiff in der Kogrundrinne sowie die verschiedenen Bojen sind wieder ausgelegt. — Ein Entgegenkommen Schwedens an England?

„Nationaltidende" meldet aus Bergen: Der Dampfer St. Croix der norwegischen Südamerikalinie, von Buenos Aires, ist in Bergen mit 27 Mann eingetroffen, die unterwegs aufgenommen wurden. Die Geretteten gehörten vier torpedierten Dampfern an.

•

Genf, 10. April. Nach zuverlässigen Nachrichten sind in dem sonst verkehrsreichen Hafen von Havre in der Woche vom 18. bis 24. März nur fünf Dampfer aus Uebersee angekommen, gegenüber täglich etwa 20, also wöchentlich etwa 140 Dampfern im Januar 1917.

•

Die Boote des Dampfers Skajen.

Berlin, 10. April. Die norwegische Zeitung „Morgenavisen" brachte Mitte März eine Meldung, nach welcher der Steuermann des torpedierten norwegischen Dampfers Skajen erzählt hätte, die Besatzung wäre in die Boote gegangen, worauf das U-Boot herangekommen wäre und zunächst auf die Boote, dann auf den Dampfer geschossen hätte.

Der Kommandant des inzwischen zurückgekehrten U-Bootes meldet hierzu, daß die Aussagen des betreffenden Steuermanns frei erfunden seien. Auf den Dampfer wäre erst nach Ablauf einer halben Stunde gefeuert worden, von den Booten wäre bei dem hohen Seegang überhaupt nichts zu sehen gewesen.

Hieraus geht hervor, daß die Dampferbesatzung, wenn sie das auf den verlassenen Dampfer gerichtete Feuer auf die Rettungsboote bezogen hat, sich unnötig viel Zeit genommen hat, um sich von der gefährdeten Stelle des Dampfers zu entfernen. Das U-Boot mußte annehmen, daß sich die Mannschaft nach Ablauf einer halben Stunde in Sicherheit gebracht hätte. Andernfalls trifft die Mannschaft selbst die Schuld für ihre Gefährdung.

Der englische Angriff bei Arras.

Berlin, 10. April. Durch Wolffs Bureau wird über die Schlacht bei Arras folgendes mitgeteilt: Auf demselben alten Kampfgelände zwischen Lens und Arras, das schon im Jahre 1915 heiß umstritten war, haben die Engländer auf die seit 1915 dort gehaltenen Stellungen zum Angriff angesetzt. Durch stärksten Einsatz aller mechanischen Kampfmittel und größter Munitionsmenge konnten sie einen örtlichen Erfolg erzielen, wie er erfahrungsgemäß im Stellungskriege stets durch Anhäufung von Artillerie und Truppen an einem bestimmten Punkte anfänglich erzielt wird. Der beabsichtigte Durchbruch der Engländer ist indessen trotz ungeheurer blutiger Opfer vollkommen gescheitert. Die deutschen Truppen haben trotz erheblicher Verluste im Trommelfeuer und Sperrfeuer der englischen Uebermacht den wirksamsten Widerstand entgegengesetzt.

•

Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 9. April, 5 Uhr 30 Minuten früh. Wir griffen in breiter Front von südlich Arras bis südlich Lens an, drangen in die feindlichen Linien ein und machten befriedigende Fortschritte. Wir stürmten die Dörfer Merniers und Boursies in der Richtung auf Cambrai und drangen in den Wald von Havrincourt ein. In der Richtung auf St. Quentin nahmen wir Fresnoy-le-Petit und schoben unsere Linie südöstlich von Verguier vor. Es soll eine bedeutende Zahl von Gefangenen gemacht worden sein.

Weiter wird vom 9. April englischerseits gemeldet: Die Operationen werden planmäßig und mit Erfolg weitergeführt. Unsere Truppen haben die feindlichen Stellungen von Hénin-sur-Cojeul bis zum Südrand von Givenchy-en-Gohelle in einer Tiefe von zwei bis drei Meilen überall gestürmt, unser Vorrücken dauert fort. Die feindlichen vorderen Verteidigungsanlagen auf dieser Front einschließlich des Rückens von Vimy, der von kanadischen Truppen genommen wurde, sind früh morgens erobert worden. Diese Verteidigungsanlagen umfassen ein Netzwerk von Schützengräben und die be-

festigten Ortschaften Neuville-Vitasse, den Telegraphenhügel, Tilloy-les-Melaines, den Beobachtungshügel, St. Laurent-Blagny, Les Tilleuls und das Gehöft La Folie. Sodann rückten unsere Truppen weiter vor und nahmen die rückwärtigen feindlichen Verteidigungsanlagen, die außer weiteren mächtigen Schützengrabensystemen die befestigten Ortschaften Feuchy, Chapel, Feuchel, die Heiderabadschanze, Athies und Thélus umfassen. Bis 2 Uhr nachmittags wurden 5816 Gefangene, darunter 119 Offiziere, in unseren Sammelstellen gezählt, und noch viel mehr müssen noch gezählt werden. Von diesen gehört ein großer Teil zu den bayerischen Divisionen, die große Verluste in dem heutigen Kampf erlitten haben. Unter dem erbeuteten Kriegsgerät befinden sich Kanonen, zahlreiche Grabenmörser und noch nicht gezählte Maschinengewehre.

In der Richtung Cambrai haben wir einen weiteren Fortschritt in der Nähe des Waldes von Havrincourt gemacht. Wir haben die Dörfer Pantau und le Verguier genommen. Die Lufttätigkeit der letzten Tage wurde auch gestern mit großer Kraft fortgesetzt. Einige erfolgreiche Luftbombardements wurden von uns ausgeführt und unsere Flugzeuge arbeiteten mit ausgezeichnetem Ergebnis mit unserer Artillerie zusammen. Zwei feindliche Flugzeuge wurden vernichtet, fünfzehn andere wurden zum Niedergehen gezwungen und sind vermutlich zerschmettert. Zwei deutsche Fesselballons stürzten in Flammen ab. Zehn von unseren Flugzeugen blieben aus.

Französischer Heeresbericht vom 9. April nachmittags. Von der Somme zur Aisne während der Nacht Patrouillengefechte. Trotz schlechten Wetters blieb die Tätigkeit der beiden Artillerien in mehreren Abschnitten sehr lebhaft. Nordwestlich von Reims scheiterte ein deutscher Angriff gegen die französischen Stellungen gegenüber von Courcy in unserem Sperrfeuer. Südlich von dieser Ortschaft wurden zwei deutsche Abteilungen nach lebhaftem Handgranatenkampf zurückgeschlagen. In der Gegend von Maisons de Champagne erreichten die Franzosen im Handgranatenkampf einige Fortschritte. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Vom 9. April, abends. Von der Somme bis zur Aisne beschoß unsere Artillerie kräftig die feindlichen Stellungen. Der Feind erwiderte namentlich nördlich der Aisne und gegen die Stadt Reims, die einer heftigen Beschießung unterzogen wurde. Einige Opfer unter der Zivilbevölkerung. Im Walde von Parroy wiesen unsere Handgranatenwerfer einen feindlichen Angriffsversuch auf einen unserer Vorposten ab.

Die Kriegslage in Mesopotamien.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien: Die russischen und britischen vorgeschobenen Abteilungen vereinigten sich am 2. April auf dem linken Dialaufer. Es wird berichtet, daß die Türken sich in der Richtung auf Kirin zurückziehen.

Russischer Heeresbericht vom 5. April. In der Richtung Hanekin besetzte unsere Kavallerie bei der Verfolgung der Türken Kasrischirin und Hanekin. Sie steht im Gefecht bei dem Dorfe Delke, nordwestlich Hanekin mit der Nachhut der Türken, welche uns den Uebergang über den Dialafluß zu verwehren sucht. Unsere Vorhut wurde von Hanekin in der Richtung auf Kifilrabat vorgeschoben, um mit den Engländern Fühlung zu nehmen.

Petersburg, 6. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Telegramm aus Teheran meldet, daß die russische Vorhut südlich von Hanekin nahe Kifil Rabat mit den englischen Truppen Fühlung genommen hat.

Frankreich und Deutschland geben Geiseln frei.

Der Schweizer Bundespräsident Schultheß, welcher bei General Friedrich, Chef der Abteilung für Kriegsgefangene im deutschen Kriegsministerium, Schritte zugunsten französischer Geiseln in Holzminden unternommen hatte, erhielt die Nachricht, daß Deutschland diese Geiseln zurückzusenden bereit sei. Es sind etwa 200 Personen. Frankreich seinerseits hat den Vorschlag angenommen, die im Elsaß gemachten Geiseln, sofern sie es wünschen, nach der Heimat zurückzusenden.

Der italienische Vormarsch in Epirus.

Griechenlands Protest.

Nach Lyoner Meldungen aus Athen hat die griechische Regierung dem italienischen Gesandten Bosdari einen Protest gegen den Vormarsch italienischer Truppen in Epirus und hauptsächlich gegen die Ersetzung der griechischen Flagge auf Fort Argyokastron durch die albanische Flagge überreicht und zugleich einen Protest der Bevölkerung und der Deputierten von Epirus übermittelt.

Der Jahrestag des irischen Aufstandes.

Republikanische Kundgebungen.

Amsterdam, 10. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß sich am Jahrestage des irischen Aufstandes zahlreiche Menschen aus der Umgebung Dublins nach der Hauptstadt begaben, da sie erwarteten, daß es zu Kundgebungen kommen würde. Am Sonntagabend wurde auf den Trümmern des Postgebäudes, das im vorigen Jahre den Rebellen als Hauptquartier diente, das orange-weiß-grüne Banner der Republik gehißt. Auch die Nelsonsäule wurde mit der republikanischen Flagge geschmückt. Polizei holte die Flagge vom Postgebäude herunter; sie fiel auf die Straße, wo die Menge sie an sich riß, in Stücke zerschnitt und unter die Anwesenden verteilte. Später wurde eine Patrouille auf der Straße ausgepfiffen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Am Montagabend war es ruhig.

In Cork wurde die republikanische Flagge auf dem Stadthause gehißt, aber nach kurzer Zeit von der Polizei entfernt; republikanische Redner hielten Ansprachen an die Menge.

Wie der „Vorwärts" in Frankreich zitiert wird.

Die Ankündigung der Herabsetzung der Brotration, die sich ab 15. April in Anbetracht der vorhandenen Vorräte in Deutschland notwendig gemacht hat, wenn wir bis zur nächsten Ernte durchhalten sollen, benutzt die französische Presse, um ihren Lesern ein falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen Deutschlands zu geben. Zu diesem Zweck werden Ausführungen gefälscht, die der „Vorwärts" in seiner Nummer 81 vom 23. März gemacht hat. In unserem Leitartikel über „Die Brotfrage" hieß es damals: „Diese Nachricht (der Herabsetzung der wöchentlichen Brotration) würde uns wie ein Donnerschlag rühren, wenn nicht sofort hinzugefügt würde, daß für die ausfallenden Mengen ein ausreichender Ersatz zur Verfügung gestellt werden soll." Der „Expreß de Lyon" behauptet schlankweg, daß der „Vorwärts" geschrieben habe: „Diese Nachricht ist für uns ein Donnerschlag." Diese Methode ist durchsichtig. Wir müssen die französische Presse aber schon ersuchen, uns wahrheitsgemäß und nicht unter Weglassung aller positiven Sätze zu zitieren, wenn sie, gestützt auf das Ansehen des „Vorwärts", den Franzosen ein Bild der tatsächlichen deutschen Verhältnisse geben will. Verdrehungen und Fälschungen können schließlich auf die Dauer die Leser der französischen Presse nicht irreführen.

„Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland."

Seit dem Siege der russischen Revolution über den Zarismus hat die Pariser „Humanité" in Artikeln und Notizen immer wieder auf das Echo hingewiesen, das die russische Umwälzung in Deutschland finden müsse, denn jetzt sei das deutsche Volk an der Reihe, mit dem Despotismus seiner Militärautokratie ein Ende zu machen. Wir haben auf die Schattenseiten unseres Verfassungslebens im Frieden und im Kriege immer wieder hingewiesen, aber so wie die deutschen Verhältnisse seit Ausbruch des Krieges von der „Humanité" dargestellt werden, sind sie nicht. Das Zentralorgan der französischen Genossen, dessen weiße Flecken fast täglich von der Herrschaft der Militärdiktatur und des Belagerungszustandes in Frankreich zeugen, sollte deshalb durch seine systematische Irreführung der öffentlichen Meinung nicht in Frankreich falsche Hoffnungen wecken. Daß die deutschen Verhältnisse andere sind als die russischen gibt selbst das von dem Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann herausgegebene Berliner „Mitteilungsblatt" der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu, das am 8. April in seinem Osterartikel u. a. schrieb:

„Es ist ein altes, wahres Wort, daß man keine Revolutionen künstlich machen kann. Das gilt für unsere Zeit mehr denn je. Man kann wohl Putsche inszenieren, aber den großartig organisierten Machtmitteln des heutigen Militärstaates gegenüber sind sie zur Aussichtslosigkeit verurteilt, ebenso wie elementar ausbrechende Hungerrevolten bald erstickt werden können. Wie bei einem modernen Kriege werden auch bei einer Revolution eine Unsumme von Faktoren zusammenwirken, ehe ein ganzes Volk in gewaltsame Zuckungen gerät. Darum ist es auch falsch, die revolutionären Erscheinungen und revolutionären Mittel des einen Landes schematisch auf ein anderes Land übertragen zu wollen, in dem die wirtschaftlichen Grundlagen die politischen und sozialen Zustände, die geschichtliche Entwickelung und der Volkscharakter ganz anders geartet sind." . . .

„Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland, der Kampf um unsere innere Freiheit muß daher andere Formen annehmen. Dieser Kampf hat in diesen Tagen unter dem moralischen Eindruck der Vorgänge in Rußland auf parlamentarischem Boden eingesetzt."

Darin ist also das gesamte deutsche Volk sich einig, daß wir in Deutschland mit anderen Verhältnissen zu rechnen haben, als in Rußland. Das sollten auch die Gegner Deutschlands endlich begreifen. Die Formen, in denen die deutschen Verfassungskämpfe sich abspielen werden, bestimmt das deutsche Volk nicht nach den Wünschen des Auslandes, sondern nach seinen eigenen Bedürfnissen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Präsidentenwahl in Costarica. Lyoner Blätter melden aus San Jose in Costarica: Federigo Tineolo wurde zum Präsidenten von Costarica gewählt.

Der unzureichende „Seepolizist". **Rotterdam**, 7. April. In England ist großer Mangel an Bewachungsfahrzeugen eingetreten; eine Anzahl kleinerer Stützpunkte für Bewachungsfahrzeuge ist daher aufgegeben worden. Die Rückkehr der Möwe hat nicht nur in der öffentlichen Meinung Englands, sondern auch in der englischen Admiralität große Verstimmung gegen das Flottenkommando hervorgerufen.

Fette Ente. **Berlin**, 8. April. Der Lyoner Funkspruch vom 1. April und im Anschluß daran Havas verbreiten die Nachricht, daß an Bord des deutschen Panzerkreuzers Baden wegen Ernährungsschwierigkeiten Meuterei ausgebrochen und 100 Mann des Schiffes in der Marinekaserne eingesperrt seien. Wenn es sich nicht um einen Aprilscherz des französischen Radiodienstes handelt, so liegt eine überaus plumpe Erfindung vor. An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort, vielmehr sind die Verpflegungs- und Disziplinverhältnisse auf dem genannten Schiffe durchaus normal.

Wer verseucht das Meer mit Minen? XI. **Amsterdam**, 8. April. Im Monat März wurden an der niederländischen Küste 19 Minen angespült, wovon 15 englischer, 1 französischer, 1 deutscher und 2 unbekannter Nationalität waren. Seit Anfang des Krieges wurden an der holländischen Küste 1897 Minen an Land getrieben, und zwar 1245 englischer, 65 französischer, 259 deutscher und 328 unbekannter Nationalität.

Der griechische Verkehrsminister hat aus Gesundheitsrücksichten seine Demission eingereicht. Der Landwirtschaftsminister wird interimistisch sein Portefeuille übernehmen.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum zur Wahlreform.

In ihrer Dienstagnummer nimmt endlich auch die „Germania", das Berliner Zentrumsblatt, Stellung zu der kaiserlichen Osterbotschaft. Sie erkennt die hierdurch geschaffene unwiderrufliche Bindung der Regierung an und sieht im übrigen in dem Inhalt der kommenden Wahlreform „ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gegen die Forderungen der Linken". Das verheißene geheime Wahlrecht sei „seit jeher eine der Kardinalforderungen auch des Zentrums gewesen". In der Streitfrage der Gleichheit des Stimmgewichts seien die Versprechungen des kaiserlichen Erlasses „nur negativer Art: das Klassenwahlrecht soll fallen". Weiter heißt es in der „Germania":

Niemand wird verkennen, daß hier die Entscheidung der ganzen Frage nunmehr allein noch liegen wird. Es bleibt abzuwarten, was die bestimmten Vorschläge, die der König von seiner Regierung erwartet, darüber enthalten werden, ehe man dazu Stellung nimmt. Das Zentrum ist dabei in der glücklichen Lage, jeden wirklichen Fortschritt für das preußische Volk gern annehmen und sichern helfen zu können, denn das Nebeneinanderbestehen des gleichen Wahlrechts im Reiche und des klassifizierten in Preußen hat bewiesen, daß seine parlamentarische Vertretung in jedem Falle in ungefähr gleichem Maße gesichert ist. Parteipolitischer Egoismus ist dem Zentrum in der Wahlrechtsfrage fremd, es kann und wird darum seine ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Gerechtigkeit im besten Sinne des Wortes zu ihrem Recht kommen werde, daß der preußische Staatsbürger dasjenige Stimmgewicht erhält, das im wohlverstandenen höchsten Interesse des Volks- und Staatsganzen liegt.

Wie nun aber die „Gerechtigkeit im besten Sinne des Wortes" materiell nach Ansicht des Zentrums aussieht, was das Zentrum als das richtige Stimmgewicht ansieht, darüber verrät die „Germania" nichts. Sie erinnert auch nicht daran, daß das gleiche Wahlrecht eine Programmforderung des Zentrums darstellt. Man ist also nach diesem Artikel über die Stellung des Zentrums in der entscheidenden Frage ebenso klug wie zuvor und kann nur konstatieren, daß das Zentrum weiter ein höchst unzuverlässiger Faktor in der Frage der Wahlreform bleibt.

Doch keine Mitarbeit der Konservativen?

In ihrer ersten Aeußerung zu der Kaiserlichen Osterbotschaft hatte die „Deutsche Tageszeitung" die Bereitwilligkeit der Konservativen angekündigt, an der preußischen Wahlreform positiv mitzuarbeiten. In ihrer Dienstag-Nummer jedoch bringt sie eine Zuschrift „aus führenden konservativen Provinzkreisen", die auf das Gegenteil hinausläuft. In dieser heißt es:

So gewiß ein fauler Friede uns zum sozialen und kulturellen Niedergang verurteilen würde, so gewiß führt die von manchen Kreisen so leidenschaftlich erstrebte Demokratisierung der Staatseinrichtungen zur Erschütterung nicht nur der Monarchie, sondern auch der Grundlagen Preußens, des nun einmal führenden Staates in Deutschland. **An einer solchen Entwickelung aber irgendwie teilzunehmen, würden wir als ein politisches Unrecht, als eine unverantwortliche Mißachtung aller Lehren und Erfahrungen der Geschichte empfinden.**

Im weiteren wird noch die „Verdemokratisierung unserer Innenpolitik" als ein „Sieg der mit den Waffen besiegten Entente im unbesiegten Deutschland" bezeichnet. — Auf die Mitarbeit der Konservativen an der Wahlreform legen nur die Kreise Wert, welche hoffen, sie hierdurch auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Uns kann die Frage sehr kalt lassen.

Die Arbeit des Verfassungsausschusses.

Wie die „National-Zeitung" wissen will, haben während der Osterfeiertage zwischen den bürgerlichen Parteien unverbindliche Besprechungen stattgefunden, in denen eine Klärung über die nächsten Aufgaben des Verfassungsausschusses erzielt worden sein soll. Danach will man angeblich die in Artikel 17 der Reichsverfassung begründete Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die bisher nur rechtlich aber nicht tatsächlich festgelegt war, dadurch in eine tatsächliche verwandeln, daß man eine Verantwortlichkeit des Kanzlers dem Reichstage gegenüber vorschlägt. Ein weiterer Programmpunkt befaßt sich angeblich mit der Stellung der Staatssekretäre, ein dritter — immer nach der „National-Zeitung" — mit Artikel 9 der Verfassung, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann: auch hier sollen Aenderungen erfolgen. Viertens sollen verschiedene mehr ins Einzelne gehende Reformen des Reichstagswahlrechts angestrebt werden. Ob hier auch an eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise gedacht ist, sagt die „National-Zeitung" nicht. Für alle diese Reformpläne soll eine Mehrheit gesichert sein.

Ueber die preußische Wahlrechtsfrage will das genannte Blatt erfahren haben, daß sie vor der Hand durch die moralische Wirkung des Kaiserlichen Erlasses ausgeschaltet bleibe, dagegen gedenke man, sich eingehend mit Mecklenburg zu befassen.

Wenn die Konferenz der bürgerlichen Parteien — worüber wir nichts wissen — wirklich stattgefunden hat, so würde hier ein sonderbarer Fall von Ausschaltung einer Partei vorliegen, der nicht ohne politische Folgen bleiben könnte. Einstweilen vermögen wir jedoch nicht zu glauben, daß an dieser Osterkonferenz alle bürgerlichen Parteien beteiligt gewesen sind, ja nicht einmal, daß die Konferierenden zusammen die Mehrheit des Reichstags hinter sich hatten, wobei wir aber auch nicht die Vermutung gänzlich von der Hand weisen, daß das Ganze eine Erfindung ist.

Der Hauptschriftleiter der „Weserzeitung" gestorben. **Bremen**, 9. April. Der Hauptschriftleiter der „Weserzeitung", Herr Emil Fitger, ist letzte Nacht an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Nachwehen des Kranz-Prozesses.

Der österreichisch-ungarische Kriegsminister Freiherr von Krobatin hat dem Kaiser die Demission angeboten, die vom Kaiser auch angenommen wurde.

Die Enthüllungen des Kranz-Prozesses, die eine so scharfe politische Wendung genommen haben, ließen einen Umzug im Kriegsministerium wahrscheinlich werden. Die persönliche Ehre des Kriegsministers war allerdings keinen Augenblick in Zweifel gestellt. Der Kaiser hat auch den Generalobersten von Krobatin bereits zum Führer einer Armeegruppe ernannt.

Letzte Nachrichten.

Vernichtete Bauwerke.

Berlin, 10. April. (W. T. B.) Der Turm der Kathedrale von Ypern wurde anscheinend von den Engländern durch Sprengung umgelegt. In den letzten Tagen wurde verschiedentlich der Dom von St. Quentin beschossen und stark beschädigt.

Keine Freiheitsanleihe in Rußland.

Kopenhagen, 10. April. Nach Meldungen aus Petersburg wird die sogenannte Freiheitsanleihe nicht aufgelegt, da wegen des Mißtrauens der vermögenden Klassen gegenüber der neuen Regierungsform ein Mißerfolg befürchtet wird. Die industriellen Kreise sind wegen des andauernden Streiks und wegen der genauen Durchführung des Achtstundentages, die agrarischen Kreise wegen der allzu radikalen Forderungen auf Landverteilung unter die arbeitenden Klassen sehr beunruhigt und wenig geneigt, der neuen Regierung finanziell zu helfen.

Revolutionäre Verwaltung in Odessa.

Amsterdam, 10. April. Nach einem hiesigen Blatte meldet der Balkankorrespondent der „Times", daß Stadt und Distrikt von Odessa von einem revolutionären Ausschuß verwaltet werden, dem auch Abgeordnete der Armee, der Flotte und der Arbeiter angehören. Diese Körperschaft wird das Kommissariat genannt. Alle Beamte der früheren Gemeindeverwaltung sind abgesetzt. Die meisten befinden sich in Haft. Die Studenten der juristischen Fakultät der Universität haben zwei Professoren abgesetzt.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Bern, 10. April. „Matin" meldet aus Amiens: Ein Personenzug stieß mit einem Militärzug zusammen, der einen Pferdetransport enthielt. Vier Reisende wurden verletzt, viele Pferde getötet. Die Anzahl der getöteten und verwundeten Soldaten ist nicht bekanntgegeben.

Ein unbekannter Einbrecher erschossen.

Ein unbekannter Einbrecher wurde gestern abend von einem Schutzmann des 98. Polizeireviers erschossen. Der Schutzmann war von einem Einbruch benachrichtigt worden und verfolgte den Täter, der sich in das Schanklokal von Kretzschmer, Reichenberger Straße 14, geflüchtet hatte. Als der Einbrecher den Schutzmann angreift, um den Ausgang zu gewinnen, machte jener von seinem Dienstrevolver Gebrauch und schoß den Täter durch die Brust. **Die Leiche des Unbekannten wurde ins Schauhaus gebracht.**

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der Bauunternehmerverband gegen jede Lohnaufbesserung!

Das Rundschreiben des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, das in unserer Notiz in der Sonntagsnummer über die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter schon erwähnt wurde, wird jetzt erst in seinem vollen Umfange öffentlich bekannt.

In dem Schreiben wendet sich diese Unternehmerorganisation gegen die Bewilligung höherer Kriegszulagen bezw. gegen Verhandlungen über die Erhöhung dieser Zulagen. Jede Mehrbewilligung und jede Verhandlung sei mit der Begründung abzulehnen, daß dazu nur die zentralen Organisationen zuständig sind. Die Unternehmerverbände dürften sich keinesfalls darauf einlassen oder selbst anregen, über die Erhöhung der Teuerungszulagen vor den Kriegsamtsstellen zu verhandeln. Weiter wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie arbeiten und deshalb einen doppelten Haushalt führen, auf Grund des Erlasses des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917 einen Rechtsanspruch auf Zahlung eines Zuschlages von 2 M. täglich nicht haben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß einige Zweigvereine des Bauarbeiterverbandes versucht hätten, der Vereinbarung vom Mai 1916 insofern eine falsche Auslegung zu geben, als sie die in Prozenten des Lohnes festgesetzten Zuschläge für Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit von Lohn und Teuerungszulagen berechnet haben wollen. Das sei nicht berechtigt, da die Tarifverträge und Tariflöhne unverändert verlängert worden sind und die Teuerungszulage als besondere Abfindung vereinbart worden ist.

Die Bauunternehmer bestehen also auf ihrem Schein, d. h. auf den zwischen den Organisationen im Mai 1916 getroffenen Vereinbarungen. Sie tragen den seit dieser Zeit erheblich veränderten Verhältnissen keinerlei Rechnung und machen in ihren Kreisen mobil, daß den Arbeitern darüber hinaus keine auch noch so berechtigte Lohnerhöhungen gewährt werden sollen. Selbst den Preiszuschlag von 2 M., der den Arbeitern bei getrenntem Wohnsitz gezahlt werden soll, mißgönnen sie ihnen. Eine schlechte Wahrung des Burgfriedens! Einzelne Unternehmer zeigen allerdings mehr Verständnis für die mißliche wirtschaftliche Lage der Arbeiter, wie auch aus der folgenden Notiz hervorgeht.

Teuerungszulagen im Zimmerergewerbe.

Die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen nimmt auch im Zimmerergewerbe größeren Umfang an. Trotz des ablehnenden Verhaltens des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der sich auf den geltenden Tarifvertrag und die im Mai v. J. getroffenen Vereinbarungen beruft, ist es bereits in einer Reihe von Zahlstellen des Verbandes zu einer Verständigung entweder mit einzelnen Firmen oder zwischen den örtlichen Organisationen gekommen, die zwar nicht in allen Fällen als befriedigend angesehen werden kann, aber doch zeigt, daß sich nicht alle Unternehmer der Notwendigkeit von Lohnzulagen gänzlich verschließen. Teils sind solche Zulagen gewährt worden mit dem Vorbehalt, daß sie bei einer zentralen Vereinbarung, mit deren Möglichkeit noch immer gerechnet werden muß, in Anrechnung kommen; teils aber auch ohne Rücksicht darauf. In recht vielen Zahlstellen konnte eine Regelung noch nicht getroffen werden, weil sich die örtlichen Organisationen der Unternehmer für unzuständig erklärten, mit der Begründung, daß die Entscheidung darüber den beiderseitigen Organisationszentralen gebühre. Ob dieser Standpunkt, für die Dauer überall aufrechterhalten werden kann, dürfte zumindest recht fraglich erscheinen. Verschiedene Zahlstellen haben sich in Erwartung baldiger zentralen Verhandlungen nicht an die Unternehmer, sondern an den Zentralvorstand des Zimmererverbandes gewendet, damit er bei dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe für eine den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage eintrete. In den meisten Zahlstellen jedoch haben die Zimmerer ihre Forderungen direkt an die Unternehmer oder deren örtliche Organisationen gerichtet und damit den richtigsten und zugleich kürzesten Weg beschritten. Alle Zahlstellen drängen auf umgehende Erledigung ihrer Wünsche, deren Erfüllung, wie sie wissen, den Unternehmern ohne Not möglich ist; denn die Preise, die diese heute für ihre Arbeiten erhalten, gestatteten durchaus angemessene Zulagen. Von den Unternehmern wird das natürlich bestritten. Nach Berichten im „Zimmerer" sind bis jetzt Vereinbarungen, sei es mit einzelnen Firmen oder für ganze Orte getroffen: in Augsburg, Berlin-Teltow, Eberswalde, Düsseldorf, Jüterbog, Mainz, Potsdam, Rathenow, Starnberg, Straubing, Zittau u. a. m. So ist in Berlin-Teltow mit der Firma R. Wolle aus Leipzig ein Stundenlohn von 1,45 M. vereinbart. In Eberswalde ist der Stundenlohn auf 1 M. festgesetzt; bis Ende März 1916 stand er auf 55 Pf. In Düsseldorf wurde bei einzelnen Firmen der Stundenlohn auf 1,20 M. erhöht. In Jüterbog beträgt der Stundenlohn jetzt 90 Pf.; bis Ende März 1916 stand er auf 53 Pf. Für Mainz wurde eine nochmalige Teuerungszulage von 7 Pf., für Arbeiten in der Umgegend von 11 Pf. vereinbart. Nach Vereinbarungen für Potsdam soll der Stundenlohn auf 1,20 M. kommen, 33 Pf. höher als er am 31. März 1916 war. In Rathenow beträgt der Stundenlohn 1 M. gegen 57½ Pf. am 31. März 1916. In Augsburg und Straubing wurden 5 Pf. zugelegt, in Starnberg 6 Pf. In Zittau erhöhte eine Firma den Lohn um 1 M. täglich. Diese Verbesserungen konnten nicht allerwärts auf gütlichem Wege erzielt werden; vereinzelt ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen, die jedoch nur von ganz kurzer Dauer waren. In einer Anzahl Zahlstellen hatten die Bemühungen der Zimmerer bisher keinen positiven Erfolg, doch verhalten sich die Unternehmer den Forderungen gegenüber weniger schroff, als der Vorstand des Arbeitgeberbundes. In wieder anderen Zahlstellen liegen bereits Angebote der Unternehmer vor, zu denen noch nicht Stellung genommen werden konnte. Es steht zu hoffen, daß den schon getroffenen Vereinbarungen bald weitere folgen werden; denn der Standpunkt, den der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in dieser Frage einnimmt, wird mit jedem Tage unhaltbarer.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung in der Damenschneiderei.

Im Anschluß an die Lohnbewegung der Kostümschneider, über die wir bereits im „Vorwärts" berichteten, haben auch die Arbeiterinnen der Aenderungswerkstätten bei den Firmen R. M. Maaßen, Manheimer, Herm. Gerson und Rudolf Hertzog die Einführung eines Tarifs mit der für die Kostümschneiderei bewilligten Lohnerhöhung gefordert. Bei den Firmen Maaßen, Manheimer und Rudolf Hertzog kam es zu einem halbtägigen Streik.

Die genannten Firmen haben sich verpflichtet, die Lohnsätze der II. Klasse des neuen Kostümschneidertarifs anzuerkennen. Hiernach erhalten die Aenderinnen einen Wochenlohn von 31,50 M.

Die Firma Herm. Gerson hat bisher den Forderungen nicht Rechnung getragen. Hier wird in den nächsten Tagen eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Lohnforderungen an die Bekleidungsämter.

Im Anschluß an die Tariferneuerungen im Schneidergewerbe hat der Schneiderverband sowohl an die Bekleidungsämter wie auch an die Kriegsministerien das Ersuchen gerichtet, eine zeitgemäße Aufbesserung der Löhne zu gewähren. Es wird in erster Linie eine 25prozentige Lohnerhöhung verlangt. Außer dieser Lohnerhöhung wird noch eine besondere Aufbesserung des Arbeitslohnes für den Einheitsmantel und die Drell- und Körperbekleidungsgegenstände gefordert. So ist für den Einheitsmantel ein Lohn von 9,50 M. für den letzten Arbeiter verlangt worden. Auf diesen Satz soll dann außerdem der Zuschlag von 25 Proz. an Lohnerhöhung für den letzten Arbeiter erfolgen. Der Unternehmeranteil soll außer den hier verlangten Beträgen gezahlt werden.

Infolge der vielen Klagen wegen der ungenügenden Bezahlung des Einheitsmantels ist vom Bekleidungsamt des Gardekorps vor einiger Zeit eine Aufbesserung des Lohnes für den letzten Arbeiter von 6,50 M. auf 7 M. erfolgt. Neuerdings hat das Kriegsbekleidungsamt des III. Armeekorps den Lohn für den Mantel von 6,50 auf 7,36 M. erhöht. Beim Gardekorps wird für die Bearbeitung der Schlitze für die Seitenhaken eine Zulage erfolgen. Trotzdem wird aber dann der Mantel in Spandau besser bezahlt als in Berlin. Zu beklagen ist nur, daß die Lohnsätze in beiden Fällen noch erheblich zu niedrig sind.

Da seit Ausbruch des Krieges keine Aufbesserung der Löhne für Militärarbeiten erfolgte, die Ansprüche an die Leistungen der Arbeiter aber größer wurden und die Aufwendungen für den Lebensunterhalt von damals zu heute einen so erheblichen Unterschied aufweisen, so ist das Verlangen der Arbeiter nach einer nennenswerten Lohnaufbesserung vollkommen begründet. Auch ist eine recht schleunige Erledigung der Sache durch die zuständigen Stellen unbedingt erforderlich.

Vor einigen Tagen fand eine Versammlung von Schneidern und Schneiderinnen statt, die alle Uniformen für das Bekleidungsamt ausbessern und umarbeiten. Diese Arbeiten werden im Akkord hergestellt und wird die Stundenzahl, welche zur Leistung der betreffenden Arbeit erforderlich ist, abgeschätzt.

Neuerdings werden neue Röcke zu Blusen umgearbeitet. Für diese Arbeit rechnet das Amt neun Stunden. In der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß diese Arbeit 13 Stunden in Anspruch nimmt. An diesen Stücken muß außer den übrigen Reparaturen das Vorderteil und die Aermel vollständig umgearbeitet werden.

Auch die Ulankas werden nur mit neun Stunden bezahlt, während sie eine Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden erfordern. Neuerdings wird auch verlangt, daß die eingesetzten Flicken mit der Farbe des Stückes genau übereinstimmen. Unter den getragenen Stücken sind wohl selten zwei Bekleidungsgegenstände zu finden, deren Farbe übereinstimmt. Wenn nun die Arbeiter nach passenden Flicken suchen sollen, so erfordert dies ebenfalls einen erheblichen Zeitaufwand. Es erscheint daher notwendig, neben der Aufbesserung der Löhne eine bessere Einschätzung der erforderlichen Arbeitszeit vorzunehmen.

Die schlecht geheizte Fabrik.

An einem der kältesten Tage im Januar funktionierte die Zentralheizung in der Militär-Ledereffektenfabrik von Reinhardt in der Köpenicker Straße so schlecht, daß am Morgen, als die Arbeit beginnen sollte, eine Temperatur von 4—6 Grad über Null herrschte, die auch im Laufe des Vormittags nicht erheblich stieg. Bei der Kälte konnten die Arbeiter ihre Tätigkeit nicht ausüben. Sie verließen deshalb die Werkstatt, nachdem sie dem Meister mitgeteilt hatten, daß sie den Lohnausfall bezahlt verlangen. Am Nachmittag, als die Temperatur einigermaßen erträglich geworden war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bezahlung des Lohnausfalles erhielten die Arbeiter nicht. Sie klagten ihn deshalb beim Gewerbegericht ein, das sich schon vor einigen Wochen mit dieser Angelegenheit beschäftigte und am letzten Donnerstag zu einem endgültigen Urteil kam. Der Beklagte Reinhardt machte geltend, er könne wegen der Folgen der schlechten Heizung seiner Fabrikräume nicht zur Verantwortung gezogen werden, denn er habe die Räume nur gemietet. Für die Heizung habe der Hausbesitzer zu sorgen.

Das Gericht erachtete diesen Einwand nicht als durchschlagend. Der Beklagte wurde verurteilt, an die 200 Kläger die geforderten 837 M. zu zahlen. Das Urteil stützt sich auf § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Danach hat der Arbeitgeber die zur Arbeit erforderlichen Räume, Geräte und Vorrichtungen in einem gebrauchsfähigen Zustande zu liefern. In der ungenügend geheizten Werkstatt — sagt die Urteilsbegründung — konnte nicht gearbeitet werden, deshalb ist der beklagte Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitern den hierdurch entstandenen Schaden zu vergüten. Von dieser Verpflichtung wird er nicht dadurch entbunden, daß er dem Hausbesitzer vertraglich die Sorge für die Heizung übertrug. Den Arbeitern gegenüber ist der Arbeitgeber für die Folgen mangelhafter Heizung ebenso verantwortlich, als wenn er selbst die Heizung hätte ausführen lassen. Es bleibt ihm unbenommen, dem Hausbesitzer gegenüber Regreßansprüche geltend zu machen.

Parteinachrichten.

Lächerliche Anschuldigungen. Die „Leipziger Volkszeitung" wirft dem „Vorwärts" einmal wieder in Tönen höchster moralischer Entrüstung Fälschung, Entstellung von Tatsachen, Unterschlagung vor, weil wir uns bei dem herrschenden Papiermangel gezwungen sehen, die Reichstagsberichte etwas zu kürzen und dabei die zweistündige Rede des Herrn Haase vom 30. März, wie die „Leipziger Volkszeitung" selbst berechnet, um etwa ein Viertel ihrer Länge gegen den Originalbericht verkürzt haben. Die alberne Unterstellung, daß wir dies aus Angst getan haben, um unseren Lesern die Ansicht Haases vorzuenthalten, erledigt sich mit der Feststellung, daß der von uns gegebene Bericht immer noch fast zwei volle Druckspalten umfaßt. Natürlich wird der „Leipziger Volkszeitung" der Beweis, daß die fortgelassenen Sätze gerade die Glanzstellen der Haaseschen Rede waren, leicht fallen, denn nach ihrer Ansicht redet Herr Haase nur Glanzstellen. Daß wir auch in den Reden der sozialdemokratischen Parteirebner Kürzungen vornehmen, verschweigt die „Leipziger Volkszeitung" geflissentlich. Im übrigen sind wir überzeugt, daß der Schmok, der sich durch diese Berichtvergleiche in der „Leipziger Volkszeitung" sein Zeilenhonorar verdient, sich durch diese Feststellungen auch für die Zukunft seinen Broterwerb nicht nehmen lassen wird. Wir werden aber nicht mehr darauf eingehen.

Der Dauerfall. Wer Julian Borchardt besitzt, der besitzt auch einen „Fall Borchardt". Solange Julian Borchardt der sozialdemokratischen Partei angehörte, rissen die Fälle Borchardt nicht ab. Jetzt hat ihn die Opposition und damit auch den „Fall". Wie wir einem Versammlungsbericht entnehmen, beschäftigte sich die Generalversammlung der Oppositionsorganisation in Teltow-Beeskow-Storkow auf ihrer Generalversammlung ausführlich mit dem letzten „Fall Borchardt". Es handelt sich um die bekannte Angelegenheit der Vorrede zu dem Erdmannschen Buch. Standhaft und prinzipientreu, wie er ist, weigerte sich Julian Borchardt auch der Generalversammlung gegenüber, trotz dringender Aufforderung, die Höhe des für das Vorwort erhaltenen Honorars anzugeben. Er verteidigte sich damit, daß im „Braunschweiger Volksfreund", als dieser noch Spartakusorgan war, auch gestanden habe: „Verwandelt Euer Geld in U-Boote, zeichnet zur Kriegsanleihe!" Borchard beklagte sich bitter über „doppelte Moral", was nach unserer Erinnerung der Titel des berüchtigten Peter Ganterschen Buches war, dessen eigentümliche Propaganda durch mehrere hunderttausend Briefe vor mehreren Jahren großes Aufsehen erregte. Vermutlich will Julian Borchardt seine Propaganda des etwa gleichwertigen Erdmannschen Buches hiermit in Parallele stellen. Die Verhandlung endete damit, daß Julian Borchardt einstimmig sein Posten im Kreisvorstand entzogen wurde. In Voraussicht dieses Resultats hatte Borchardt vorher erklärt, daß er mit der Organisation nichts mehr zu tun haben wolle, da sie sich der Arbeitsgemeinschaft anschließen will, die dem Herrn U-Boot-Borchardt von Spartakusgnaden nicht prinzipienfest genug ist.

Soziales.

Fürsorge für nervöse Kriegsteilnehmer.

Neben den durch den Krieg verursachten Verstümmelungen sind es auch noch andere Leiden, die als Kriegsdienstbeschädigungen anzusehen sind. Eine große Rolle spielen dabei die Nervenkrankheiten. Wird nachgewiesen, daß der Krieg ein solches verursacht oder verschlimmert hat, dann liegt eine Kriegsdienstbeschädigung vor, und es sind auch die entsprechenden Renten zu gewähren. Das ist allgemeiner Grundsatz. Um so verwunderlicher ist ein vom badischen Landesausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge herausgegebenes Merkblatt über die Fürsorge für nervöse Kriegsteilnehmer, in dem auf die sogenannte Kriegsneurose hingewiesen und die Rentenbedürftigkeit bestritten wird. Als Kriegsneurose bezeichnet das Merkblatt die seelisch bedingten Störungen, die zumeist auf eine einmalige schwere Gemütserschütterung, z. B. bei Verschüttungen, bei heftigen Beschießungen u. dergl., im Felde entstehen. Sie kann sich in ungemein verschiedenartiger Weise äußern: als beiderseitige Ertaubung (sogenannte Labyrintherschütterung), Taubheit und Stummheit, Stummheit und sonstige Sprachstörungen (Stottern, Stammeln), Stimmstörung, Zittern und Schütteln einzelner Glieder, des Kopfes und des ganzen Körpers, als sogenannte Tics, Krampfanfälle, Versteifungen und Lähmungen einzelner oder mehrerer Glieder (z. B. Arm- und Handlähmungen, Lähmungen beider Beine), als eigenartige Gehstörung (Tänzeln und Stechschritt) und anderes.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß derartige Störungen auch schon während des Friedens beobachtet worden sind, wenn sie auch verhältnismäßig selten seien. Und daraus erkläre sich, daß die Kriegsneurose auch von den Aerzten vielfach zunächst verkannt worden sei und hysterische Ertaubungen für unheilbare Gehörstörungen, hysterische Beinlähmungen für Folgen einer Rückenmarksverletzung angesehen worden seien. Wenn schon die Aerzte sich in dieser Weise geirrt hätten, dann sei begreiflich, daß die Laienwelt solchen Leiden völlig verständnislos gegenüber stehen müsse, und deshalb werde gerade diesen Kranken an vielen Orten eine ganz besondere und nicht immer zweckmäßige Fürsorge geschenkt, da die Störungen als sehr ernst betrachtet werden. Diese Ansicht treffe nicht zu. Es gäbe keine noch so schwere gemütliche Erschütterung, deren seelische Rückwirkungen nicht ihrer Natur nach vorübergehend wären. Es wird dann hingewiesen auf die Schreckneurosen nach Erdbeben, Grubenkatastrophen und nach Eisenbahnunfällen, die nach wenigen Tagen, Wochen oder spätestens Monaten, ohne Spuren im Seelenleben des Erkrankten zu hinterlassen, geheilt seien. Auch die Kriegsneurose biete an sich die günstigsten Heilaussichten.

Wörtlich heißt es dann in dem Merkblatt weiter:

„Mit diesen Tatsachen muß die Kriegsbeschädigtenfürsorge rechnen, wenn sie bei der Behandlung der Kriegsneurotiker schwere Fehler vermeiden will. Zurzeit sind solche nicht ganz selten. Die Fachärzte für Nervenkrankheiten klagen darüber, daß Kranken, die auf Zuspruch der Aerzte sich um Arbeit bemühen, von dem Fürsorger unter Hinweis auf die Schwere ihres Leidens die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen dargestellt und dadurch das Ergebnis einer mühsamen ärztlichen Beeinflussung in Frage gestellt wird. Es sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen hysterisch Ertaubten, Zitterern und anderen Neurotikern von den Fürsorgestellen Berufswechsel angeraten wurde, in denen sie zum Anstellungsschein vorgeschlagen und Ratschläge gegeben wurden, die geeignet waren, die Kranken in ihrem Unglauben an die Heilbarkeit ihrer Beschwerden zu unterstützen und ihren Gesundheitswillen zu untergraben.

Das muß künftig unbedingt vermieden werden. Die Kenntnis des Wesens dieser Störungen gibt der Fürsorge die Möglichkeit, eine sachgemäße Beeinflussung des Kranken einzuleiten. Von Unterstützungen ist bei Kriegsneurotikern möglichst abzusehen. Weichliche Bemitleidung bestärkt den Kranken in seiner Selbstbeobachtung und Hoffnungslosigkeit. In leichteren Fällen ist regelmäßige Berufsarbeit das beste Heilmittel. Die Fachärzte verfügen neuerdings über eine Anzahl von Heilmitteln, die dem Kranken mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit völlige Genesung versprechen, und eine große Zahl von Gelähmten, die dauernd ans Bett gefesselt und zum Teil beim An- und Auskleiden auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen waren, Taubstumme und andere Neurotiker sind bereits als volle Arbeitskräfte dem Erwerbsleben wiedergegeben worden."

Es wird hier dermaßen verallgemeinert, daß scharfer Protest dagegen einzulegen ist. Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß bei leichteren Nervenleiden Arbeit das beste Heilmittel ist. Eine Tätigkeit, die die Geschädigten von ihrem Zustande ablenkt, hat schon häufig zu dauernder Besserung geführt. Aber aus dieser Tatsache nun folgern zu wollen, daß von Unterstützungen bei den Kriegsneurotikern möglichst abzusehen sei, d. h. daß ihnen überhaupt keine Rente zu gewähren sei, das ist das stärkste Stück, was auf diesem Gebiete überhaupt geleistet werden kann.

Der Verfasser des Merkblattes irrt, wenn er meint, daß die Neurose den Aerzten, da sie während des Friedens selten aufträte, bisher verhältnismäßig unbekannt gewesen sei. Die Neurosen spielen vielmehr eine große Rolle bei der Beurteilung von Unfallschäden. Und die Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, widersprechen in jeder Weise dem, was in dem Merkblatt gesagt wird. Es gibt ganz außerordentlich viel Unfallverletzte, bei denen es sich nicht um organische, sondern lediglich um funktionelle Störungen des Nervensystems handelt, und bei denen dauernd mit weitgehender Herabsetzung der Erwerbsfähigkeit zu rechnen ist. Die Verfasser des Merkblattes hätten gut getan, sich an geeigneter Stelle — wir verweisen hierbei auf das Reichsversicherungsamt — zu erkundigen, ehe sie mit ihren Vorschlägen herausgekommen sind. Sie würden auf eine Anfrage hin eines ganz anderen belehrt worden sein. Wenn auch bei den hysterisch Tauben oder bei den hysterisch Gelähmten die Heilungsaussichten besser sind als bei dem, der infolge eines organischen Leidens taub oder gelähmt ist, so spielt die Art der Erkrankung doch bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit nur eine geringe Rolle. Ein hysterisch Tauber ist taub und ein hysterisch Gelähmter ist gelähmt, genau so gut wie der organisch Ertaubte und der organisch Gelähmte. Es gebührt deshalb dem Hysteriker genau so gut eine Rente wie dem organisch Erkrankten. Gegen eine andere Auffassung muß man sich entschieden wenden, nicht nur im Interesse unserer Kriegsbeschädigten, sondern auch im Interesse all derer, die durch Betriebsunfälle nervenleidend geworden sind. Würde die Beurteilung der Nervenleiden, die der badische Landesausschuß vorschlägt, bei den Kriegsverletzten Platz greifen, dann würde dies eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der bedauernswerten Kriegsneurotiker im Gefolge haben. Viel richtiger, als nach den von Baden aus empfohlenen Grundsätzen zu verfahren, wäre es, gerade den Hysterikern den Kampf um die Rente nach Möglichkeit zu ersparen, um sie vor dem Schicksal zu bewahren, das sehr viele der Unfallverletzten durchzukosten haben. Auch ihnen, deren Seelenleben gestört ist, wird häufig eine Rente verweigert, und durch den Kampf um die Rente ihr Leiden verschlimmert. Dann laufen sie außerdem Gefahr, daß sie wegen einer Rentenkampfhysterie keine Rente erhalten. Vor einem solchen Schicksal sind die Krieger zu bewahren. (x)

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Kühl, zeitweise heiter, jedoch unbeständig, mit öfter wiederholten, geringen Niederschlägen.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Heute Mittwoch: Generalversammlungen der Kreise bezw. Orte

(siehe gestriges Inserat)

Tagesordnung: Beratung der Statuten; Vorstandswahlen; Zahlung der Beiträge.

Nach dem 15. April.

Die Brotfrage.

Trotz aller großen Weltereignisse bildet die bevorstehende Neuregelung der Ernährung fast das ausschließliche Gesprächsthema weitester Volkskreise, und je näher der schicksalsschwere 15. April heranrückt, desto größer wird die Spannung. Die Verkürzung der Brotration bildet für die ganze Bevölkerung — nur sehr dünne Schichten ausgenommen — eine ernste Schwierigkeit und eine große Sorge.

Man kann es den leitenden Stellen ohne weiteres glauben, daß sie sich zu diesem schmerzenden Eingriff nicht entschlossen hätten, wenn nicht eine zwingende Notwendigkeit dazu vorläge. Würden wir nicht in den nächsten Monaten weniger Brot essen, so hätten wir in den letzten Wochen vor der Einbringung der Ernte gar keines! Wir hätten auch dann keines, wenn es mittlerweile gelänge, Frieden zu schließen, denn erstens sind auch die Weltvorräte außerordentlich knapp, und zweitens würde die gegebene kurze Spanne Zeit nicht mehr genügen, um das überhaupt noch Einbringliche dem deutschen Verbrauch zuzuführen. Wir stehen also tatsächlich, vorausgesetzt, daß die aufgestellten Berechnungen richtig sind, vor einem unausweichlichen Zwang, der durch kein Wunder und kein Zauberkunststück zu beseitigen ist.

Damit erledigt sich freilich nicht die Frage, wieso es soweit hat kommen können. Die Tatsache, daß große Mengen von Getreide trotz des Verbots verfüttert worden sind, hat der preußische Staatskommissar Michaelis zugegeben, hier liegen Mängel vor, für welche die einzelstaatliche Verwaltung verantwortlich zu machen ist. Man hat sich bisher nicht dazu entschließen können, die Sündenböcke in die Wüste zu schicken, sind sie aber auch noch auf ihrem Platze, so läßt sich doch nicht verkennen, daß neuerdings ein etwas strafferes Regiment eingetreten ist. So darf man hoffen, daß den Gemeinden geliefert werden wird, was sie brauchen, um trotz verringerter Brotration eine notdürftige Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.

Im Staat wie in der Gemeinde ist man sich wohl darüber klar, daß die Neuregelung der Ernährung mit einem Fehlschlag nicht enden darf. Es ist nicht notwendig, die Folgen eines solchen Fehlschlags erst ausführlich auseinanderzusetzen. Alles Bestreben muß darauf gerichtet sein, jene weiten Kreise der Bevölkerung, die sich für die nächste Zeit schweren Befürchtungen hingeben, angenehm zu enttäuschen und dafür zu sorgen, daß die Unglücksraben nicht recht behalten. Ausbrüchen der Unzufriedenheit, durch die nichts gebessert, aber viel verschlechtert werden kann, muß vorgebeugt werden.

Für eine prompte und ausreichende Lieferung des Brotersatzes an Fleisch, Kartoffeln usw. muß ebenso unbedingt gesorgt werden wie dafür, daß die Verkürzung der Brotration nicht eher erfolgt, als bis der Ersatz in den Händen der Verbraucher ist. Um den Personen ohne eigene Wirtschaft die Existenz zu ermöglichen, müssen Massenspeisungen auch am Abend eingerichtet werden. Immer muß bedacht werden, daß der Magen keine Kunstpausen verträgt, und daß er in leerem Zustand zum Rebell werden kann, der über die zügelnde Kraft des Gehirns die Oberhand bekommt.

Es ist immer schlimm, wenn die Herrschaft ruhiger Ueberlegung ausgeschaltet wird. Eine Presse, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, kann in dieser furchtbar ernsten Zeit auch nicht ihre Aufgabe darin sehen, die Unzufriedenheit zu schüren ohne Sorge darum, was daraus wird. Darum ergeht unser eindringlicher Rat an die Bevölkerung, zunächst einmal abzuwarten, was der 15. April bringt. Klappt es bei der Umschaltung, so ist die Frage, daß es schlimmer werden könnte als bisher, unbegründet. Und einstweilen ist die Hoffnung berechtigt, daß es klappen wird, weil es klappen muß!

* * *

Zur selben Frage wird uns geschrieben:

Der Staatskommissar Michaelis hat jüngst eine Informationsreise nach den verschiedenen Gebieten Preußens angetreten, um die Frage der Lebensmittelversorgung an Ort und Stelle und mit den beteiligten Kreisen zu prüfen. Die seinerzeitige Bestandsaufnahme hat einen starken Fehlbetrag ergeben, wir müssen uns aber mit dem Vorhandenen einrichten, daß wir bis Mitte August durchhalten können. Die Folge ist die Notwendigkeit einer sofortigen Nachprüfung der Bestandsaufnahme und die **Wegnahme aller Vorräte, die von dem Erzeuger nicht selbst gebraucht werden.** Außerdem wird Vorsorge getroffen, um aus Rumänien hereinzubekommen, was überhaupt zu erhalten ist. Als weitere Maßnahme sind Ersparungen an Lebensmitteln beim Heer und bei der Zivilbevölkerung vorgesehen. Die Herabsetzung der Brotration für die Zivilbevölkerung ist bereits bekannt. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß die höhere Kartoffelration **unter allen Umständen** geliefert werden kann und auch die Versorgung der Bevölkerung mit einer höheren Fleischration ist, trotz der großen Transportschwierigkeiten, als gesichert zu betrachten. Die Kürzung der Brotration tritt nur dann ein, wenn die vermehrte Lieferung von Fleisch und Kartoffeln auch richtig einsetzen kann. Es ist falsch, anzunehmen, daß mit dem Friedensschluß auch sofort die ganzen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung behoben werden könnten.

Die Landwirtschaft klagt darüber, daß diese Revisionen jetzt, gerade in der Zeit der Frühjahrsbestellung, vorgenommen werden. Dem ist entgegenzuhalten, daß diese Revisionen nicht hinausgeschoben werden können. Wir müssen alle verfügbaren Lebensmittelvorräte in die öffentliche Hand bekommen, jeder Tag der Verzögerung bedeutet einen unersetzlichen Verlust. Die Behauptungen über die Hemmung der Frühjahrsbestellung durch die Vornahme der Revisionen sind übertrieben. Zur Frühjahrsbestellung werden von der Militärverwaltung Mannschaften und Pferde in weitestgehendem Maße gestellt.

Ich brauche mein bares Geld

wenn der Frieden kommt; vielleicht auch schon früher, wenn meine Geschäfte es plötzlich erfordern

und zeichne doch Kriegsanleihe!

Das mache ich so:

Ich habe 2000 Mark. Dafür kaufe ich mir Schuldbuch. Das kostet für 2000 nur 1956 Mark.

Alle Jahre gibt es 100 Mark Zinsen.

Brauche ich mal 1000 Mark, so gibt mir die Darlehnskasse, die ja auch nach dem Krieg noch 4–5 Jahre bestehen bleibt, dieses Geld sofort. Ich zahle ihr dafür 5½ %, also 51 Mark 25 Pfennig jährlich. Da ich 100 Mark Zinsen kriege, kann ich mir das gut leisten. Es bleiben mir immer noch 48 Mark 75 Pfennig übrig.

So habe ich hohe Zinsen und immer bares Geld!

Der Sieg des Genossenschaftsgedankens in Rußland.

Aus genossenschaftlichen Kreisen schreibt man uns:

Wie die Revolution in Rußland endet, vermag man heute noch nicht mit vollkommener Sicherheit zu übersehen. Auf alle Fälle bedeutet der Sturz des reaktionären Rußland den völligen, bleibenden Sieg der russischen Genossenschaftsbewegung, die in 60jährigem Kampf ums Dasein der reaktionären Regierung Stück für Stück ihrer heutigen Daseinsberechtigung abzuringen wußte. Die Erstarkung der demokratischen Strömungen, der wiederholte Durchbruch revolutionärer Bestrebungen, der teilweise Sieg der Semstwos und schließlich der Sieg des Genossenschaftsgedankens sind Erscheinungen, die dem gleichen Ziele auf verschiedenen Wegen zueilten: der organisierten Selbsthilfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet! Und es ist wirklich nicht zuviel gesagt, wenn der weitgehenden genossenschaftlichen Kultur des russischen Volkes die Mitschuld an der Hinausschiebung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Kriege nachgesagt wird.

Die russische Genossenschaftsbewegung ist genau 52 Jahre alt! Ein achtenswertes Alter, wenn man bedenkt, daß im hochkultivierten Deutschland die genossenschaftliche Organisation auch erst bis ins Jahr 1848 hinabreicht. Das Jahr 1865 war ein Merkpunkt innerhalb jener Periode, die auf dem Krimkrieg folgte und die gekennzeichnet ist durch die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Gerichtsform, die Reform der staatlichen und städtischen Verwaltung, die Befreiung der Presse von lästigen Fesseln, die Vertiefung der Pädagogik und den Neuaufbau des Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht! Eine Renaissance in Kunst und Wissenschaft folgte diesem sozialen Aufschwung. Der Arbeiter schien einer besseren Zukunft entgegen zu gehen. Die ersten wirklichen Sozialisten Rußlands warben für die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe, um das Landvolk und die ärmere Stadtbevölkerung auch tatsächlich in den Genuß der neuen Freiheit zu setzen. So erschienen im Oktober 1865 zwei Genossenschaften auf der Bildfläche: ein Konsumverein in Riga und eine landwirtschaftliche Spar- und

Ein Fronttheater.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.

Anfang März 1917.

Ich meine nicht ein Theater hinter der Front, denn auch so etwas gibt es gegenwärtig. Wiener Bühnenkünstler haben sich zusammengetan und schleppen unverdrossen ihren Thespiskarren von Armee zu Armee, um den Soldaten ein paar Stunden der Erheiterung und Illusion zu bringen. Sie meinen es nicht bloß sehr gut, sondern haben die Sache auch geschickt organisiert, so daß möglichst viele des Vergnügens teilhaftig werden können. Es liegt aber im Wesen der Dinge, daß solche Veranstaltungen an Räume gebunden sind, die der Mann im Schützengraben schon ironisch als Hinterland bezeichnet. Wenn es sich auch manchmal so fügt, daß ihm in kampf- und arbeitsfreien Stunden des Stellungskrieges ein Ausflug in dieses „Hinterland" genehmigt werden kann, so wird er sich doch nicht leicht entschließen, ein Vergnügen zu suchen, das ihm 10 Kilometer Marsch kostet. Regimentern, die sich nach schweren Kampftagen in Reservestellung befinden, wird das Erscheinen dieser Wanderbühne hochwillkommen sein, die vordersten Linien haben aber geringen Anteil daran, ebenso geringen wie an den zahlreichen Kinos, die sich jetzt in der Zone der Reserven und der Stäbe befinden und die überdies nicht bloß für die Soldaten bestimmt sind, sondern auch für die arme Landbevölkerung, die bei erheiternden Vorstellungen ein wenig Trost finden soll für die Leiden ihrer Frontnachbarschaft. Wenn sich die eigentliche, unmittelbare Front in ruhigen Stunden Illusionen bereiten will, die aus der grimmig harten Wirklichkeit hinausführen, so muß sie sich ihr Theater selbst machen und das gelingt meistens nur in primitivster Art. Ueber ein Grammophon, das irgendwo aus einem Unterstand schnarrende Stimmen erklingen läßt, langt es selten hinaus. Da war es denn für mich eine besondere Ueberraschung, kürzlich an einem Winkel der galizisch-wolhynischen Front ein wirkliches Frontheater zu finden, das in glücklichster Verborgenheit unmittelbar hinter den Stellungen liegt, das eine ureigene Schöpfung der Frontsoldaten ist und von ihnen selbst in geradezu großzügiger Weise betrieben wird.

„Wir werden Ihnen am Abend etwas zeigen, was Sie bisher wohl noch nirgends gesehen haben," sagte mir der Oberst des Krakauer Landwehrregiments, als er mich durch die Schützengräben seines Abschnittes geleitete. Ich machte mich gleich auf eine richtige Ueberraschung gefaßt, denn ich hatte schon beim Divisionsstab gehört, daß dieser Oberst H., der einen urdeutschen Namen führt und doch genau so ein Kernpole ist, wie jeder der 3000 Krakusen, die seinem Befehl gehorchen, ein gar eigenartiges Persönlichkeitsgepräge hat. Ein Mann aus härtestem Eichenholz, in das ein seltsam weiches Herz eingelapselt ist und von einem Gewissen so zart, wie das eines Tolstoischen Helden. Nicht bloß beliebt und volkstümlich bei seinen Truppen, wie jeder Regimentskommandeur, der nach dem Rechten sieht und seinen Leuten Sorgfalt angedeihen läßt, sondern buchstäblich wie ein Vater angesehen, durch und durch Truppenoffizier, der seinen Dienstbetrieb am Schnürchen hält, und dabei doch ein phantasiebegabter Mensch, in dem ein Künstler steckt. Daß dies alles seine Richtigkeit habe, verriet sich mir schon beim Besuch der Stellungen, wo sich ein ganz besonders inniger Kontakt zwischen dem Regimentschef und seinen Mannschaften deutlich offenbarte, früher aber schon beim Besuch der Blockhütte des Regimentskommandos, wo ich seltsame Lichtbilder hängen sah. Eines schien einen prachtvollen indischen Felsentempel vorzustellen, war aber in Wirklichkeit bloß das Konterfei eines in den Lehmboden geschürften Unterstandes, den Oberst H. voriges Jahr in den stillen Wochen des Grabenkrieges mit eigener Hand und ganz allein geschaffen hat. Wie das Blümchen am Gletscherrand blüht solcher Kunsttrieb angesichts der Feuerschlünde des Feindes.

Ich war neugierig auf die verheißene Ueberraschung, neugieriger, als auf die immer gleichartigen Bilder des Schützengrabens, die zu besichtigen meine Pflicht ist, die mir aber heute kaum noch neuartige Eindrücke vermitteln können. Der Kampf ist da geregelter Betrieb geworden und untertan dem Dienste — solange, bis der eigene Angriffswille oder der des Feindes das zähe und bedächtige Ringen unter Hochspannungen stellt. Auch heute gab es vorn in den Gräben keine wilden Wirbel. Zeitweilig zog ein Schwergeschoß unter Geheul seinen Bogen unter dem Firmament, um Gott weiß wo niederzugehen, ab und zu klapperte ein Maschinengewehr eine Gurte voll Patronen ab. So ziehen wir uns denn um die Mittagsstunde in die verborgenen Waldsiedelungen des Gefechtsterrains zurück. Nach kurzer Rast aber geht es wieder nach vorn. Auf verschlungenen Waldpfaden nähern wir uns dem Erdhöhlendorf einer Bataillonsreserve. Tief verschneit ist die Natur. Die Fichten biegen sich unter dem Drucke der Schneeklumpen, die schwer auf dem dunkelgrünen Gefieder der Zweige lasten. Ueber dem Waldboden breitet sich ein aus Flocken gewobener schwellender Teppich. Die Kälte hat sich gemäßigt, aber der Frühling ist noch fern, und der Winter herrscht hier noch lange unumschränkt. Die Ueberraschung naht. Mitten unter tief eingewühlten Erdunterständen ragt ein mit Pappe überzogenes Bretterdach aus dem Boden. Eine Treppe führt in das unterirdische Gelaß, das sich unter diesem Dache birgt. Eine elektrische Birne knistert auf, und mein Blick vermag nun das Dunkel zu durchdringen. Ich bin im Krakauer Feldtheater. Eine langgestreckte Halle, voll von Bänken, die wohl 800 Personen Sitzmöglichkeit bietet, an den Wänden Bilder, auf einer Seite ein Kamin, der während der Vorstellung Wärme spendet, vor den Bankreihen in einer Vertiefung ein kleines Orchester mit Klavier und Violinpulten. Ich darf auch hinter die Kulissen blicken, wo die Spieler eben proben. Die Garderobe ist voll von Flittern und sogar regelrechten Kostümen, auch elegante Fracks und Smokings hängen herum, die aus alten jüdischen Kaftans flott zusammengeschneidert sind. Etwa um die vierte Nachmittagsstunde beginnt das „Publikum" von allen Seiten herbeizuströmen. Ein seltsames Publikum, das recht wildwestlich anmutet. Nur die eben dienstfreie Mannschaft besucht das Theater, aber sie muß sich immer bereit halten, aus der Illusion in die grausame Wirklichkeit jäh hineinzuspringen. Das geladene Gewehr, Bajonett und Gasmaske sind die ungertrennlichen Begleiter dieser Theaterbesucher, deren ungeduldige Erwartung sich durch eisernes Geklirre kundgibt. Mitten unter ihnen sitzt ihr Oberst, der sich alsbald erhebt und die Gelegenheit nützend, eine kurze befeuernde Ansprache das das versammelte krakusische Wehrvolk hält. Dann ertönt das Glockenzeichen, und gleich darauf lösen sich von den Musikinstrumenten die Klänge des Kaiserliedes. Der musikalischen Einleitung folgt zunächst eine Kinovorstellung. Naturaufnahmen aus tropischen Ländern. Ein Eisenbahnzug erscheint im Bilde. Großer Jubel. Rufe: „Der geht ins Hinterland! Hoch der Urlaub!" Der Oberst lacht: „Das tät Euch natürlich schmecken!" Ein mächtiges Weinfaß wird in irgendeinem Zusammenhang vorübergerollt. Rufe: „Repete, repete!" Nun lacht alles, und die Stimmung wird ungeheuer animiert. Ein Stück wird aufgeführt, das in der Warschauer Zitadelle spielt und dessen Vorgänge in die Zeit der brutalsten Unterdrückung des polnischen Volkstums durch die Schergen der nun so plötzlich zusammengebrochenen Zarengewalt zurückverweisen. Glühender Haß gegen jenes zarische Russentum, das den Weltbrand entfachte, strömt aus diesem schlicht gezimmerten Melodrama zu den Zuhörern, die das wirklich ergreifende, über das Dilettantenmaß hinausragende Spiel des Heldendarstellers und Regisseurs, der im Hauptamt die Würde eines Korporals bekleidet, mächtig packt. Tragisch geht der Held unter, aber seinen Tod verklärt die Zuversicht, daß Polen seine Freiheit wiedergewinnen werde. Der Vorhang fällt. Vom Orchester her schwingen die Töne des polnischen Nationalgesanges durch die unterirdische Halle. Alles erhebt sich, und von allen Lippen löst sich das pathetische Lied: „Noch ist Polen nicht verloren!" Der Oberst singt mit mächtiger Stimme mit.

Abermals hebt sich der Vorhang. Der Held der Warschauer Zitadelle erscheint wieder, aber diesmal verkündet seine Verkleidung Heiteres. Er hat sich aus einem polnischen Freiheitskämpfer in einen Pariser Apachen verwandelt und beweist nun, daß er auch eine possenhafte Charakterfigur zu stellen vermag. Seine Partnerin tritt auf. Die schwarze Marie. Capristi! Ist das eine hübsche Dirne! Echtestes Römerprofil. Wer möchte, wenn sie ihre klangvolle Altstimme ertönen läßt und sich kokett in den Hüften wiegt, glauben, daß sie eigentlich ein Gefreiter ist, der unkostümiert eine zwar jugendliche, aber durchaus männliche Erscheinung darbietet. Die Apachenposse entwickelt sich toll und lustig. In die burleske Handlung mengt sich Gesang und Tanz. Das wehrhafte Volk von Krakau unterhält sich vortrefflich und gerät in die heiterste Stimmung. Sie hält auch noch draußen im Freien vor, im verschneiten Walde, über dessen weißen Wipfeln schon die klare Mondnacht glänzt. Da löst sich in der Ferne ein Donnerschlag, und bald darauf klappert irgendwo ein Maschinengewehr. Die Zauber der Illusionen verschwinden wie der Nachtspuk vor dem Hahnenschrei, — die furchtbare Wirklichkeit tritt wieder in ihre Rechte.

Darlehnskasse in der Probinz Kostroma. Schnell verbreitete sich die neue Bewegung über das ganze Reich, begeistert unterstützt durch die Semstwos.

Die Semstwos begannen um die siebziger Jahre ihre segensreiche Tätigkeit als Förderer der zukunftsreichen Bewegung. Sie stellten große Summen bereit zur Errichtung und Unterstützung genossenschaftlicher Spar- und Darlehnskassen auf dem Lande, von Konsumvereinen und Vorschußbanken in den Städten. Bis heute haben die Semstwos diese friedliche Arbeit fortgesetzt und stetig verstärkt. Das enge Zusammenarbeiten mit der Moskauer Landwirtschaftsgesellschaft führte zur Bildung des „Ausschusses für landwirtschaftliche und gewerbliche Kreditgenossenschaften" im Jahre 1871 und einer Zweigstelle in Petersburg.

Was die Genossenschaftsbewegung der sechziger und siebziger Jahre kennzeichnet, das ist einmal der himmelstürmende Idealismus, der alles rings um sich mitzureißen wünschte und durch alle Mißerfolge und widrigen Strömungen sich die gute Laune nicht verderben ließ, dann aber auch der Mangel an erfolgreicher praktischer Betätigung, die einfach unmöglich wurde, angesichts der Haltung der Regierung. Man sammelte Statistiken und Berichte, diskutierte über alle möglichen theoretischen Probleme, die die Wirklichkeit niemals gestellt hätte. Man befaßte sich damals sogar bereits mit der internationalen Organisation des Genossenschaftswesens und trachtete, um seinen guten, ernstgemeinten Willen kundzutun, mit allerhand ausländischen Genossenschaften in direkten Verkehr zu treten. Bekannt ist z. B. das Vorgehen der Konsumgenossenschaft zu Charkow (Süd-Rußland), die 1872 den Verkauf von in englischen Genossenschaften hergestellten Reisedecken übernahm. Auf diese kurze Zeit der Duldung folgte leider eine Periode rücksichtslosester Unterdrückung, die mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1905 währte. Die Regierung, die schon lange mit bösem Argwohn auf die Tätigkeit all der unkontrollierbaren volkstümlichen Selbsthilfeorganisationen geblickt hatte, inaugurierte kurzer Hand eine reaktionäre Politik. Fast alle liberalen Reformen der sechziger Jahre wurden „nachrevidiert" und für schlecht befunden. Nach der neuen „revidierten" Gesetzgebung mußte jede Genossenschaft, bevor sie ihre Tätigkeit begann, erst die Erlaubnis der Regierung einholen! In fast allen Fällen wurde die Erlaubnis so lange hinausgeschoben, bis die begeisterten Gründer alle Freude an ihrem Werke verloren hatten, in vielen Fällen wurde die Erlaubnis aus ganz nichtigen Gründen überhaupt nicht erteilt. Die schon bestehenden Genossenschaften hatten ihr Leben dauernd gegen unzählige kleinliche Schikanen der Behörden und gegen wirtschaftliche Gegenströmungen zu verteidigen. Großindustrielle und Großhändler trachteten ständig danach, über die Konsumvereine und gewerblichen Rohstoffgenossenschaften eine strenge Kontrolle auszuüben. Unter solchen Umständen hatte die Genossenschaftsbewegung im Reiche der Romanow bis zur Wende des 20. Jahrhunderts nur geringe Fortschritte gemacht. Im Jahre 1900 zählte man im ganzen russischen Reiche 1000 städtische Genossenschaften mit etwa 250 000 Mitgliedern und gegen 1500 landwirtschaftliche Genossenschaften mit über 500 000 Mitgliedern. Ohne inneren Zusammenhalt boten diese Genossenschaften im ganzen doch das Bild wirtschaftlicher Ohnmacht!

Der gewaltige Aufschwung, den die blutigen Ereignisse des Jahres 1905 in das politische und geistige Leben des russischen Volkes brachten, förderte auch die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens um ein gutes Stück. Der zweite Grund für die riesenhaften Erfolge, die das russische Genossenschaftswesen in den darauffolgenden 10 Jahren errang, kann in der Annahme des Genossenschaftsgesetzes vom Jahre 1904 erblickt werden, das Erleichterungen für die Errichtung neuer Kreditgenossenschaften in Stadt und Land brachte, und ferner auch in der Einrichtung einer besonderen Regierungsabteilung zur Beschaffung kleiner Darlehen, insbesondere zu landwirtschaftlichen Zwecken.

Die verhältnismäßig günstige Politik den Genossenschaften gegenüber brachte in den letzten 11 Jahren einen riesenhaften ungeahnten Aufschwung! Während man ums Jahr 1900 rund 2500 Genossenschaften zählte, marschierte Rußland heute mit seinen 40 000 Genossenschaften an der Spitze aller Länder der Erde. Von diesen waren am 1. Januar 1916 15 454 landwirtschaftliche Spar- und Darlehnskassen, 2000 Molkereigenossenschaften, 10 080 städtische Konsumgenossenschaften, 4000 gewerbliche Produktiv- und Rohstoffgenossenschaften; den Rest bildeten landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Genossenschaften zur Verwertung und Erzeugung von Fleisch, Gemüse, Obst, Eiern usw. Immerhin ist die Zahl noch verhältnismäßig gering für russische Verhältnisse; erreicht doch Deutschland mit der Gesamtzahl seiner Genossenschaften fast 38 000! Diese 40 000 russischen Genossenschaften haben insgesamt 12 Millionen Mitglieder, die Zahl der genossenschaftlich interessierten Russen beläuft sich auf etwa 45 Millionen, umfaßt etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung! Am 1. Juli 1914 betrug der Umsatz der städtischen und ländlichen Kreditgenossenschaften 773 162 600 Rubel oder 1,6 Milliarden Mark, während das Eigenkapital sich auf 96 Millionen Rubel oder 217 Millionen Mark belief. Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Gelder betrugen 105 Millionen Mark und andere als Darlehen gewährte Summen 107 Millionen Mark. Der gesamte Geldbestand aller russischen Genossenschaften ergibt viele Milliarden Rubel, d. h. er übersteigt den aller russischen Städte, Semstwos und industrieller Unternehmen zusammen und wird nur vom Staatshaushalt übertroffen.

Nach diesen Zahlen wird es nicht wundernehmen, daß die russische Genossenschaftsorganisation, die auch in der Zentralisation große Fortschritte zu verzeichnen hatte, im gegenwärtigen Krieg eine bestimmende Rolle zu spielen hatte. Ueber die Stellung, die die russischen Genossenschafter dem Krieg gegenüber einnehmen, orientiert am besten ein Beschluß, den der Kongreß der Konsumgenossenschaften des Moskauer Verbands, dem in der Hauptsache kleinbürgerliche Elemente in Stadt und Land angehören, schon im Sommer 1915 gefaßt hat:

„Von der Ansicht ausgehend, daß die Genossenschaftsbewegung international ist und die Befreiung der Arbeit von jeder Art Ausbeutung zum Endzweck hat, erklärt der Kongreß, daß die ideelle Arbeit des Moskauer Verbandes der Konsumgenossenschaften diesen grundlegenden Prinzipien der demokratischen Genossenschaft entsprechen und danach streben muß, in der Masse der Genossenschafter entsprechende Anschauungen über die sozialen Aufgaben der internationalen Genossenschaftsbewegung zu verbreiten."

Von hohem aktuellen Interesse ist heute ein Teil der Rede, die der neue Justizminister Kerenski schon Ende 1915 in der Duma gehalten hat. Hier heißt es u. a.:

„Als vor einem Jahre das Staatsschiff nach dem russischen Rückzug, wie erinnerlich, dem Untergang nahe war, wandte sich die Regierung mit dem Losungswort: Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte und Anschluß und Einigung der Gesellschaft mit der Regierung an uns. Kaum haben sich unsere Sachen an der Front nur ein wenig gebessert, beginnt schon wieder das alte Regime. Es beginnt systematisch gegen die Konsumvereine, die gewerblichen Vereinigungen und die Idee der bürgerlichen Freiheit loszugehen. Hierin liegt die größte Gefahr, auf die wir aufmerksam machen. Man soll nur nicht glauben, daß die im Krieg uns drohende Katastrophe nun eine für uns erledigte Sache wäre. Wenn man diese minimale Zeitspanne momentaner relativer Kriegserfolge nicht zur Stärkung der gesellschaftlichen Volkskräfte, sondern zu deren Zerstörung ausnützt, wohin werden wir dann schließlich kommen? Der Sturm gegen die Konsumvereine begann mit Chowstos berüchtigtem System. Unter Stürmer wurde es nicht besser. Massenweise wurden die Arbeiter als Mitglieder von Konsumvereinen verhaftet und zur Verschickung nach Sibirien verurteilt. Während Millionen unserer Bauern jetzt an der Front ihr Blut vergießen, ist es ihren Brüdern untersagt, sich zu versammeln."

Die reaktionäre Politik, die die Regierung des Zaren gegen alle Genossenschaften begann, während von draußen die mächtigen Wogen der Kriegsflut heranwälzten, hat ihren endgültigen Sturz mit beschleunigt. Ende November 1915 war die plötzliche skandalöse Schließung des altbewährten einflußreichen Moskauer Zentralkomitees der Genossenschaften erfolgt. Die geistige Zentrale war damit dem russischen Genossenschaftswesen genommen. Unter dem Druck der Kadetten und der Sozialisten mußte der Minister für Handel und Gewerbe am 28. Februar 1916 in der Duma eine Gesetzesvorlage auf Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes einbringen. Die bisher notwendige Erlaubnis zur Gründung wird ersetzt durch die gesetzliche Eintragung in das Register. Die Staatssparbanken gewähren erweiterte Kredite an die Genossenschaften nach Anweisungen eines besonderen Ausschusses.

Auch nach dieser Gesetzesreform bleibt die juristische Lage der Genossenschaften in Rußland unklar, da immer noch alle möglichen anderen Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen auf sie angewendet werden können. Für die Zukunft bleibt auch auf diesem Gebiet noch vieles zu tun. Vorerst scheint ja der genossenschaftlichen Selbsthilfe der Weg zu freier Entfaltung weit geöffnet zu sein. Mit Naturnotwendigkeit wird sich die genossenschaftliche Bewegung weiter ausbreiten, zumal die immer noch wachsende Teuerung und der tatsächliche Mangel an Lebensmitteln zwingen, einen Ausweg aus dieser Lage zu finden. Die letzten Monate vor Ausbruch der jetzigen Revolution konnte man feststellen, daß die Genossenschaftsbewegung in den Arbeitermassen Petersburgs einen ungewöhnlich großen Umfang annahm. Das Wichtigste war dabei jedenfalls, daß eine straffe wirtschaftliche und politische Organisation des Proletariats erreicht wurde, welche die Massen für einen kommenden Kampf ertüchtigte. Die organisatorische Uebung, die den russischen Massen noch in hohem Grade fehlte, hat die genossenschaftliche Schulung unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend erweitert. Im Kampf der kriegswütigen Demokratie gegen die friedenssehnsüchtige sozialistische Bewegung wird diese organisatorische Schulung der Massen noch sehr gute Dienste leisten.

Groß-Berlin

Bureaukratismus oder Bequemlichkeit?

Man schreibt uns: Mir bringt eines Tages ein städtischer Bote einen Zettel, versehen mit der Firma des Magistrats der Reichshaupt- und Residenzstadt Berlin folgenden Inhalts:

Vorladung.

„Zur Besprechung einer Verwaltungsangelegenheit ersuchen wir Sie, sich im Laufe der nächsten 8 Tage in der Zeit von 10 bis 2 Uhr im städtischen Dienstgebäude (Straße usw.) einzufinden und diese Vorladung mitzubringen."

Stempel der Verwaltungsstelle.

In dem bezeichneten Zimmer angelangt, werde ich zu einem Beamten geführt; dieser prüft sorgfältig die Vorladung und sucht unter den Akten die richtigen heraus. Dann wurde ich in ein anderes Zimmer geführt und da wird mir folgendes eröffnet: Der Klempnergeselle so und so hat bei Ihnen gewohnt und ist nach dem Krankenhause geschafft worden. Nun möchten wir wissen, welcher Krankenkasse er angehört hat, um diese veranlassen zu können, daß die für einen Tag Krankenhausbehandlung entstandenen Kosten bezahlt werden. Wäre es, frage ich, nicht einfacher gewesen, man hätte mir die Wünsche der Verwaltung schriftlich mitgeteilt, um sie auch wieder schriftlich beantworten zu können.

Immerhin froh, noch so leichten Kaufes davongekommen zu sein, machte ich mich wieder einer Einladung folgend, auf den Weg zu einer anderen städtischen Verwaltungsstelle, um eine Erklärung abzugeben, ob ich die Vormundschaft für ein Kind übernehmen will. In dem Gebäude angelangt, übergebe ich in dem bezeichneten Zimmer die Vorladung einer Angestellten. Aber mit gemessener Amtsmiene wurde mir bedeutet, daß ich draußen warten solle, bis ich gerufen werde. Ich hatte noch eine gute halbe Stunde Zeit, bevor ich auf einer anderen Stelle zu einer Sitzung sein mußte, und warte nun eine Viertelstunde und noch eine, bis mir denn doch das Feuer unter den Sohlen brannte und ich den Mut faßte, die geweihten Räume ungerufen zu betreten und den anwesenden Beamten und Beamtinnen klar zu machen, daß ich noch eine „kleine Nebenbeschäftigung habe", und siehe da! die Pforten öffneten sich und ich war in 5 Minuten abgefertigt. Warum ging es jetzt?

Ob derartige Vorkommnisse, die ja nicht vereinzelt dastehen, und die beweisen, wie wenig man die kostbare Zeit des einzelnen zu schätzen weiß, auf den heiligen Bureaukratius oder auf Bequemlichkeit zurückzuführen sind, mag dahingestellt bleiben. Aber jedenfalls sollte man auch von den städtischen Verwaltungsstellen erwarten, daß mit der „Neuorientierung" bezüglich eines übermäßigen Bureaukratismus schon jetzt begonnen und nicht auch damit erst auf die Zeit nach dem Kriege gewartet wird.

Die Krankenversicherung der Hilfsdienstpflichtigen.

Gegen die mißbräuchliche Befreiung Hilfsdienstpflichtiger von der Krankenversicherungspflicht wendet sich der Minister des Innern in einem Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten. In der Verfügung heißt es: Nach § 173 der Reichsversicherungsordnung wird auf seinen Antrag von der Krankenversicherungspflicht befreit, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist. Bei den Beratungen im Reichstag am Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist mehrfach der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, diese Vorschrift könnte mißbräuchlich zum Nachteil der Hilfsdienstpflichtigen angewendet werden. Denn viele von ihnen, namentlich soweit es sich um ältere und bisher nicht gegen Entgelt beschäftigte Personen handle, seien in einem gewissen Grade in der Arbeitsfähigkeit beschränkt. Auf diese könne leicht ein Druck seitens der Arbeitgeber ausgeübt werden, um sie zur Stellung eines Befreiungsantrags zu veranlassen und so die Arbeitgeber von den Versicherungsbeiträgen entlasten. Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß ein solcher Mißbrauch von seiten einzelner Arbeitgeber als in hohem Grade unsozial anzusprechen ist. Daneben ist damit eine Schädigung der Gemeinde leicht verbunden. Da nach § 173 der R.V.O. die Befreiung von der Versicherung selbst bei Vorliegen sonstiger Voraussetzungen nur dann erfolgen kann, wenn der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist, so ist hierin ein Mittel gegeben, dem drohenden Mißstande Einhalt zu tun. Die Armenverbände werden darauf hinzuweisen sein, von dieser ihrer Befugnis im öffentlichen Interesse in besonders vorsichtiger Weise Gebrauch und die Zustimmung zur Befreiung von einer genauen Prüfung des Einzelfalls abhängig zu machen. Sie ist, wie der Minister am Schluß betont, überall da zu versagen, wo der Verdacht eines Mißbrauchs besteht.

Die Verzögerung der Müllabfuhr

hat in vielen Häusern Berlins zu schlimmen Zuständen geführt. Asche, Kehricht und allerlei Unrat liegen seit langem auf den Höfen und türmen sich zu immer höheren Bergen. Der Notschrei, der z. B. aus dem Hause Biesenthaler Straße 13 zu uns gelangt, ist durchaus berechtigt. Der auf dem ungewöhnlich kleinen Hof lagernde Müllhaufen erhielt in den kalten Tagen des Februar noch eine Beimischung, die besonderen Ekel erregen mußte. Da die auf den Treppenfluren untergebrachten Aborte eingefroren waren, so wurde damals der Inhalt mancher Nachtgeschirre auf den Müllhaufen geschüttet. Nachher kam wieder Asche und Kehricht drauf — und ein großer Teil des ganzen Unrats harrt noch heute der Abholung. Die Wirtschaftsgenossenschaft des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, die den Müll abzuholen hätte, ist mehrere Male gemahnt worden, aber viel hat sie bisher nicht getan. Wir verkennen gewiß nicht die Schwierigkeiten, mit denen sie jetzt zu kämpfen hat. Wenn aber die Müllabfuhr nur langsam von statten gehen kann, so sollte man wenigstens die Höfe der von kleinen Mietern dicht bevölkerten Mietskasernen der Arbeiterviertel zuerst abräumen. Hier empfehlen wir einmal eine ungleiche Behandlung, eine Bevorzugung, bei der nicht die „Vornehmheit" des Hauses, sondern die notwendige Rücksicht auf den Schutz der Volksgesundheit entscheiden soll.

Gewichtsfeststellung — eine „Lustbarkeit!"

„Wir alle haben an Körpergewicht abgenommen", sagte neulich Bürgermeister Dr. Reide in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Im großen und ganzen stimmt das. Deshalb hat so ziemlich jeder das Bedürfnis, jetzt zeitweilig sein Körpergewicht festzustellen. Davon haben die öffentlichen „Wiegetanten", die beispielsweise in Treptow mehrfach zu finden sind und unter Ausnutzung dieser Kriegskonjunktur selbst im Winter auf dem Posten blieben, ihren Vorteil. Das Geschäft blüht, weil Tausende den Wiegefechser opfern, um dann mit stiller Wehmut zu hören, daß schon wieder einige Pfündchen zum Teufel gegangen sind. Früher war das Wiegenlassen beim Ausflug nach dem Vorort wohl ein Vergnügen allerbescheidenster Art, jetzt ist es eine Lebensfrage geworden. Die Treptower Gemeinde steht aber noch auf dem alten Stanpunkt und betrachtet das Wiegenlassen auf offener Straße als eine steuerpflichtige Lustbarkeit. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde für zwei solche Wiegeweibchen die Lustbarkeitssteuer auf 75 und 80 M. jährlich festgesetzt. Da müssen also erst 1500 und 1600 Personen sich wiegen lassen, ehe die Steuer herausgeschlagen und der erste Pfennig zum Lebensunterhalt erübrigt wird.

Weitere Abnahme der Infektionskrankheiten. Die Infektionskrankheiten und -sterbefälle haben in den letzten Wochen weiter abgenommen, besonders bei Diphtherie, Scharlach, Typhus, Kindbettfieber, Ruhr usw. ist die Abnahme erheblich gewesen, weshalb mit einer weiteren Abnahme gerechnet werden kann. Von Pockenerkrankungen sowie von Typhus, Ruhr und Kindbettfieber wurden nur einige wenige Fälle und von Fleckfieber, Genickstarre, Cholera usw. gar keine Erkrankungen gemeldet.

Impfungen finden vom 11. April ab nur noch an jedem Dienstag und Freitag, um 5 Uhr nachmittags, in der Gemeindeschule, Wilhelmstr. 117, und an jedem Montag und Donnerstag, um 4 Uhr nachmittags, in der Gemeindeschule Albrechtstr. 20 statt. Außerdem wird bis auf weiteres auch in den Krankenhäusern Rudolf Virchow, im Friedrichshain, Moabit und am Urban werktäglich von 10—11 Uhr vormittags Gelegenheit gegeben werden, sich impfen zu lassen.

Hilfsbedürftige Stadtkinder werden auf Reisen nach und vom Lande während des Krieges auf den preußisch-hessischen Staatseisenbahnen in der dritten Wagenklasse der Eil- und Personenzüge zum halben Fahrpreis vierter Klasse befördert. Es gilt dies ohne Beschränkung auf eine Mindestzahl für Stadtkinder, die auf Befürwortung des Vereins Landaufenthalt von Stadtgemeinden oder Vereinen ausgeschickt werden. Die Vergünstigung genießen auch die Begleiter, je zwei für zehn Kinder, einen mehr für je weitere zehn Kinder, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist. Die Ermäßigung wird für Schnellzüge und zu Fahrten an Sonn- und Festtagen in der Regel nicht gewährt.

Die Haftpflichtversicherung der Schuljugend in der Landwirtschaft. Zur Haftpflichtversicherung der Schuljugend und ihrer Führer bei den landwirtschaftlichen Arbeiten hat der Unterrichtsminister eine bemerkenswerte Verfügung an seinen Bereich gerichtet. Veranlassung gab die Beteiligung der Jugend bei der Unkrautvertilgung. Nach der Spruchübung des Reichsversicherungsamts unterliegen selbst Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn es sich um eine ernste, auf die Förderung des Betriebes gerichtete, wenn auch geringfügige Tätigkeit und nicht um eine lediglich spielartige Beschäftigung handelt. Diese Voraussetzung treffe, sagt der Minister, bei den Arbeiten zur Vertilgung des Unkrauts ohne Zweifel zu. Einer allgemeinen weiteren Versicherung bedürfe es demnach nicht.

Eine Million Mark und außerdem noch 10 000 M. Verwaltungskosten soll die Berliner Aerztekammer, wie jetzt der Magistrat Berlin der Stadtverordnetenversammlung mitteilt, für die ärztliche Versorgung der Berliner Kriegerfamilien erhalten. Bisher hatte der Berliner Magistrat für diesen Zweck 500 000 M. bewilligt. Die Aerzteschaft hatte das Abkommen gekündigt und $1^1/_4$ Millionen Mark in Zukunft verlangt. Das alte Abkommen war dann auf unbestimmte Zeit vom 15. v. Mts. ab verlängert worden. Das neue bedarf der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Neuordnung der Vieh- und Fleischpreise. Die Schlachtvieh- und Fleischpreise für Schweine und Rinder sind durch eine Verordnung des Reichskanzlers neu geordnet worden. Es sind Höchstpreise für Schlachtschweine festgesetzt je nach Gewicht und Landesteil einmal bis zum 30. April, sodann vom 1. Mai bis 31. Juli. Die Gemeinden sind verpflichtet, Höchstpreise bei der Abgabe an die Verbraucher für die einzelnen Sorten des frischen Fleisches, für zubereitetes, insbesondere gepökeltes und geräuchertes Fleisch, für frisches und für ausgekochtes Fett, für gesalzenen und geräucherten Speck sowie für Wurstwaren festzusetzen. In den eigenen Verkaufsstellen können sie die Preise für die einzelnen Waren festsetzen. Ausländische Ware bleibt von der Regelung ausgenommen. Sie darf aber nicht in denselben Verkaufsstellen verkauft werden.

Die Beschlagnahme von Bienenwachs spricht eine Verordnung des Reichskanzlers aus. Als Bienenwachs gelten auch Preßrückstände und alte Wabenreste. Das Wachs ist der Kriegsschmieröl-Gesellschaft in Berlin auf Verlangen zu liefern. Das Verlangen kann durch öffentliche Bekanntmachung gestellt werden. Die gleiche Verpflichtung hat, wer Bienenwachs im Inland gewinnt. Bestände von mehr als 1 Kilogramm müssen angezeigt werden. Der Preis wird von der Kriegsgesellschaft festgesetzt.

Ungeschützte Hutnadeln. Im Hinblick darauf, daß bei dem gegenwärtig herrschenden Verkehrsandrange das Tragen ungesicherter Hutnadeln für die Mitreisenden in den überfüllten Verkehrsmitteln eine besondere Gefahr bildet, sieht sich der Polizeipräsident veranlaßt, erneut darauf hinzuweisen, daß Uebertretungen der bekannten Polizeiverordnung vom 28. März 1913 mit Geldstrafen bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft, fahrlässige Körperverletzungen aber, wie sie durch das Tragen ungeschützter Hutnadeln verursacht werden können, mit Geldstrafen bis zu 900 M. oder Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden und daß neben dieser Strafe auf eine an den Verletzten zu erlegende Buße bis zu 6000 M. erkannt werden kann.

Der Postverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nebst Guam, Hawai, Tutuila, Porto Rico, Kanalzone von Panama und den Philippinen ist gänzlich eingestellt und findet auch auf dem Wege über andere Länder nicht mehr statt. Es werden daher keinerlei Postsendungen nach diesen Gebieten mehr angenommen, bereits vorliegende oder durch die Briefkasten eingelieferte Sendungen werden den Absendern zurückgegeben. Der Telegraphenverkehr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist ebenfalls eingestellt.

Ein falscher Oberleutnant ist in der Friedrichstadt aufgetreten. In einem Hotel dort stieg ein Mann in Offiziersuniform ab, der sich „Oberleutnant Fritz Wagner" nannte. Am nächsten Morgen sprach er am Bahnhof Friedrichstraße einen Soldaten an, und nahm ihn unter dem Vorwande, daß er einen kleinen Auftrag für ihn habe, mit nach seinem Hotel. Hier sagte er ihm, er könne das Paket, das der Mann bei sich trug, einstweilen bei ihm liegen lassen. Dann ließ sich der falsche Offizier von dem Soldaten unter einer Vorspiegelung bis zu seiner „Rückkehr" auch noch 4 M. geben und schickte ihn nun mit seinem „Auftrage" weg. Als der Soldat unverrichteter Dinge zurückkehrte, war der Herr Oberleutnant mit seinem Paket und seinem Gelde verschwunden. Auch die Hotelrechnung zu bezahlen, hatte er vergessen. Der Schwindler wird wahrscheinlich seine Streiche zu wiederholen versuchen. Es sei deshalb vor ihm gewarnt.

Vor den Augen seines Bruders überfahren und getötet wurde gestern nachmittag von der Straßenbahn der sechs Jahre alte Sohn Hans des Schuhmachers Behrendt aus der Feldstraße 3. Der Kleine

ging mit seinem zwei Jahre älteren Bruder die Ackerstraße entlang. Hier riß er sich plötzlich von seiner Hand los und eilte auf einen Wagen des Ringes 3 zu, um sich nach Art der Kinder an ihn anzuhängen oder neben ihm herzulaufen. Beim Anlaufen an den Wagen kam er zu Fall, geriet unter den Rahmen, wurde hier eingequetscht und mitgeschleift. Als der Wagen zum Stehen kam, war er schon tot.

Charlottenburg. Die neue Fleischzuteilung. Auch der Charlottenburger Magistrat hat jetzt seine Verordnung über die neue Fleischzulage zu verbilligten Preisen bekannt gegeben und sich dabei im allgemeinen den für Groß-Berlin vereinbarten Bestimmungen angeschlossen. In einem wesentlichen Punkte ist er jedoch davon abgewichen. Er hat nämlich verfügt, daß die billigen städtischen Karten auch in Gastwirtschaftsbetrieben und Mittelstandsküchen angenommen werden dürfen, daß aber dadurch eine Verbilligung der Speisen nicht eintritt. In Volksküchen und Kantinen gewerblicher Betriebe werden diese Karten nicht zugelassen, jedoch kann der Magistrat Ausnahmen zulassen.

Bei seinem Vorgehen geht der Magistrat wahrscheinlich von der Absicht aus, den ledigen Personen Gelegenheit zu geben, auch auf ihre städtischen Karten fertiges Essen in den Speisewirtschaften zu beziehen, während in Berlin und den anderen Vororten der Ledige seine billige Ware nur vom Schlächter beziehen kann und sie sich dann selbst zubereiten muß. Demgegenüber ist sicherlich das Vorgehen des Charlottenburger Magistrats gut gemeint und für die Ledigen auch sicherlich bequemer, aber die Wirkung dieses Vorgehens ist doch, daß diese ledigen Einwohner in Charlottenburg um den Bezug des billigen Fleisches gebracht werden. Die Gastwirte bekommen zwar auch für diese Einwohner das billige Fleisch, bei dem ja der Staat Zuschuß zahlt, aber die Verbraucher bekommen von diesem billigen Fleischbezug nichts zu spüren, da ja eine Verbilligung der Speisen auf städtische Karten nicht eintritt. Glaubte der Magistrat entgegen den Wünschen des Kriegsernährungsamtes handeln zu müssen und das billige Fleisch auch in Speisewirtschaften zuzulassen, so hätte er mindestens dafür Sorge tragen müssen, daß nicht die Gastwirte, sondern die ledigen Konsumenten in den Genuß dieser billigen Fleischzulagen kommen.

— **Schaffung einer neuen Volksküche.** Montag, den 16. April 1917, eröffnet der Magistrat Kantstr. 140 eine neue Ausgabestelle der allgemeinen Speisung. Die Anmeldungen für die Zeit vom 16. bis 21. April werden daselbst Freitag, den 13. April zwischen 11 und 2 Uhr entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist ein Ausweis darüber, daß die Teilnehmer entweder in Charlottenburg wohnen oder ihre berufliche Tätigkeit ausüben, vorzulegen. Die Ausgabe der Speisen erfolgt zwischen 11 und 2 Uhr mittags.

Neukölln. Speisefettkarten für Kranke werden für die nächsten vier Wochen vom 16. April bis 13. Mai d. J. wie üblich in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags in der Zentralstelle für Krankenernährung, Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 137 ausgegeben und zwar: Für die Buchstaben A bis K Donnerstag, den 12., L bis R Freitag, den 13., und S bis Z Sonnabend, den 14. April.

Werdende Mütter, welche auf eine weitere Verabfolgung von Brotzusatzkarten noch einen Anspruch haben, erhalten diese einige Tage vor dem 16. April mit den Milchkarten für den Monat Mai gemeinsam zugesandt. Es wird besonders hervorgehoben, daß von einer persönlichen Abholung der Karten unbedingt Abstand genommen werden soll.

Pankow. Talgverkauf. Diejenigen Personen, die auf Abschnitt 44 der alten Lebensmittelkarte ausgelassenen Talg bisher noch nicht erhalten haben, können heute auf diesen Abschnitt in den hiesigen Fleischereien je 50 Gramm Talg entnehmen. Der Preis beträgt für 50 Gramm 0,39 M. Der Käufer hat die Ware bei demjenigen Fleischer zu entnehmen, zu dessen Kundenkreis er gehört.

Die Abgabe von Talg auf einen Nummerabschnitt der neuen Lebensmittelkarte erfolgt später.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Steglitz. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Clément, Düppelstraße 7, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag „England und der Weltkrieg". 2. Statutenberatung. 3. Delegiertenwahl zur Kreisgeneralversammlung. 4. Abrechnung. 5. Vereinsangelegenheiten.

Oberschöneweide. Heute, abends 8 Uhr, Zahlabend im Restaurant Ladewig, Laufener Str. 5. Die Bibliothek ist jeden Donnerstag von 7—8 bei Genossin Freidank, Bismarckstr. 25 vorn I, geöffnet.

Weißensee. Mittwoch Zahlabend bei Staerke, Charlottenburger Straße 3. Berichte, Ergänzungswahl zum Vorstand, Statutvorlegung. Alle „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.

Friedrichshagen. Heute abend 8½ Uhr findet die Mitgliederversammlung statt im Lokal von Conrad, Friedrichstr. 187. Alle „Vorwärts"-Leser und -Leserinnen sind besonders eingeladen. Wir bitten die Lokaländerung zu beachten.

Industrie und Handel.

Hunger in der ganzen Welt.

In der Zeit der Einschränkungen und Entbehrungen ist die Schadenfreude ein Trost, wenn auch ein herzlich schlechter. Leidet Deutschland unter der Ausschließung vom Weltverkehr, so unsere Feinde unter den schlechten Ernten. Schon im Jahre 1916 wurden in den Vereinigten Staaten nur 482 gegen 655 Millionen Bushels Weizen im Jahre 1915 geerntet. Der Roggen ergab 1916 47 gegen 49 Millionen Bushels im Jahre 1915. Die Folge der vorjährigen Mißernte ist ein Hochstand der Preise. Bei der Beurteilung des Ernteergebnisses muß immer in Betracht gezogen werden, daß in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten der Verbrauch von Weizenbrot allgemein ist und die Bevölkerung vor dem besten Roggenbrot einen ähnlichen Abscheu hat, wie er von einigen empfindlichen Naturen bei der Einführung des Kriegsbrotes in Deutschland geäußert wurde. Wenn also auch die Roggenernte nicht vollkommen versagt, so kommt doch dem Ausfall der Weizenernte vorwiegende Bedeutung zu.

In diesem Jahre sind die Aussichten für die Getreideernte in den Vereinigten Staaten schlechter als je. Die Wintersaat steht über alle Maßen schlecht. Der Ernteertrag wird für 1917 auf 430 Mill. Bushels Weizen (ein Bushel 35 Liter) geschätzt, also auf 50 Millionen Bushels weniger als im Vorjahre. Der Roggen steht allerdings besser. Der Ertrag wird auf 66 gegen 47 Millionen Bushels gerechnet. Diese Mitteilungen haben eine sehr lebhafte Preissteigerung an den amerikanischen Warenbörsen hervorgerufen, gleichzeitig aber auch den Optimismus der Kriegsspekulanten an der Wertpapierbörse gedämpft. Schon wird berichtet, daß der nationale Verteidigungsrat staatliche Vorsorge für die Lebensmittelversorgung der Vereinigten Staaten und der Verbandsländer treffen wolle. Auch in Argentinien ist die Mißernte vollkommen. Das Ernteergebnis wird wie folgt angegeben:

	in Millionen Quarters (1 Quarter 290 Liter) Weizen	Hafer	in 1000 Tonnen Leinsaat
neueste Schätzung 1916/17 . .	8,75	3,34	102
erste „ 1916/17 . .	9,67	3,54	134
Ernte 1915/16	21,56	7,92	998

Die argentinische Regierung hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen. Dagegen haben die Vertreter der Verbandsländer Einspruch erhoben und erreicht, daß eine neue Bestandsaufnahme angeordnet wurde, von deren Ergebnis die Bewilligung etwaiger Ausfuhrerleichterungen abhängt.

Ein Spiegel der Kriegswirtschaft.

Die Besprechung der einzelnen Abschlüsse der großen Berliner Banken hat gezeigt, daß diese Institute im dritten Kriegswirtschaftsjahre die gleichen Erscheinungen mit ganz wenigen individuellen Abweichungen aufweisen. Die Entwickelung des Bankwesens im Kriege ist von weittragender wirtschaftsgeschichtlicher Bedeutung — eine Entwickelung, die um so aufmerksamer auf die interessante Fortbildung der heutigen Zustände und der Uebergangswirtschaft und den Frieden warten läßt.

Die acht großen Berliner Banken — Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dredner Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Commerzbank, Nationalbank, Mitteldeutsche Kreditbank — haben bei einem Eigenkapital von 1646,6 Mill. M. befristete und unbefristete Einlagegelder in der Gesamthöhe von 9965,3 Mill. M. oder um 2618,3 Mill. M. mehr als im Vorjahre zu verwalten. Diese Gelder haben Anlage besonders in Reichs- und Kommunalwechseln (Steigerung der Wechselanlage um 1,6 auf 4,20 Mill. M.), in Beleihung von Kriegsanleihe (Steigerung der Lombards um 448,6 auf 1423,5 Mill. M.) und auch in einer Erhöhung des Guthabens dieser Banken bei der Reichsbank gefunden.

Im Augenblick ist diese Anleihe wegen der Spannung zwischen dem niedrigen Einlagezinsfuß und der guten Verzinsung der Reichs- und Kommunalwechsel sehr angenehm. Die Güte dieser Anlage hängt aber letzten Endes davon ab, ob das Reich und die Gemeinden alle diese Wechsel durch eine Fundierung ihrer schwebenden Schulden ablösen können oder — prolongieren müssen. Eine Prolongation dieser Wechsel oder auch zwei Prolongationen wollen allerdings noch nicht übermäßig viel sagen, aber ein ernstes Problem würde entstehen, wenn diese Wechselschulden dauernden Charakter annähmen. Dann würde über sie dasselbe Urteil zu fällen sein, wie über die Beschaffung von Anlagekapital durch Industrie in Wechselform. Weil die Liquidität, d. h. die Zahlungsfähigkeit aller Geldinstitute von der Einlösung der Reichs- und Kommunalwechsel abhängt, ist es von höchster Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft, daß diese schwebenden Schulden durch dauernde Anleihen abgedeckt werden. Darum ist es so notwendig, Kriegsanleihe zu zeichnen, darum schneidet sich jeder, der diese Pflicht versäumt, ins eigene Fleisch, weil er die Wirtschaft schwächt, die ihn ernährt.

Neben der Erhöhung des Zinsgewinnes ist noch die Steigerung der Provisionsgewinne besonders auffällig. Um so auffälliger, als das Wechselgeschäft sehr zurückgegangen ist. Sie erklärt sich aus der Uebernahme für Bürgschaften zur Beschaffung von Auslandsguthaben, aus dem zeitweise sehr regen Börsenverkehr und aus dem lebhaften Geschäft der in Berlin konzentrierten Kriegsgesellschaften. Die Lebhaftigkeit des Börsenverkehrs hat auch zu einer kräftigen Abstoßung früher zum Teil unverkäuflichen Wertpapierbesitzes geführt. Gewinne daraus wurden durchgehends zur Bildung stiller Reserven verwendet. Sehr angenehm berührt, daß die acht Banken keinen größeren Besitz einheimischer Staatspapiere haben als 337 Millionen Mark. Das zeigt, daß die Anleihen wirklich im Publikum plaziert sind und nicht, wie zum Teil in England und in Italien von den Banken, die ihr Geld nicht ausschließlich oder nur vorwiegend in Staatspapieren anlegen sollen, übernommen werden mußten, um einen Achtungserfolg herauszuschinden.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Daimler Motorengesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim, die auch in Berlin-Marienfelde eine Zweigniederlassung hat, kommt natürlich mit einem neuen Rekordabschluß heraus. Sie erzielte 1916 einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrages von 359 322 M. (496 978 M.) einen Reingewinn von 8 085 444 M. (6 620 604 M.). Die Dividende wird mit 35 (28) Proz. beantragt. In außerordentlichen Rücklagen sollen 1 Million M. (0), dem Kriegsunkostenfonds 1 500 000 M. (1 Million) und einer zu gründenden Beamtenpensionskasse 1 300 000 M. zugewiesen werden. Nach Abzug der Zuweisungen an die Arbeiterunterstützungskasse und der Gewinnanteile von Aufsichtsrat und Vorstand verbleiben als Vortrag auf neue Rechnung 1 100 889 M.

Die offenen Reserven der Gesellschaft betragen nunmehr 11,1 Millionen M., also 3,1 Millionen M. mehr als das Aktienkapital. Die stillen Reserven sind jedenfalls noch viel größer. Die Aktien der Gesellschaft gehören zu den höchst notierten, weil die Börse sehnsüchtig eine Kapitalserhöhung mit wertvollen Bezugsrechten erwartet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

50. K. 23. Dem Hilfsdienst unterstehen nur männliche Personen vom vom vollendeten 17. Lebensjahre an. Es muß sich in Ihrem Falle also um einen Irrtum handeln. — **H. H. 11.** Bei einer „angemessenen" Verbesserung des Arbeitslohnes können Sie kündigen und den Abkehrschein verlangen. Wird Ihnen der Schein verweigert, so können Sie Beschwerde beim Kriegsausschuß, Linienstr. 83 erheben, der prüft, ob in Ihrem Falle eine „angemessene" Verbesserung vorliegt. — **R. 7438.** Das ist ein Irrtum, eine solche Verfügung besteht nicht. Sie haben als Gemeiner keinen Anspruch auf höhere Löhnung. — **Chr. W. 331.** Doch in jeder Kleiderhandlung, die getragene Sachen zum Verkauf hat. — **T. P. 99.** Sie können auf Scheidung der Ehe wegen böswilligen Verlassens klagen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler
Karl Libbach,
Groß-Lichterfelde,
am 29. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Optiker
Ernst Richnow,
Matternstr. 6,
am 1. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
173/6 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Filiale Berlin I.
Nachruf.
Am 6. April verstarb unser Mitglied, der Weißgerber
Josef Gürtler
im 73. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am 9. April statt.
139/16 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerblichen Arbeiter Berlins und Umgegend.
Nachruf.
Am 5. April verstarb unser treues Mitglied
Emil Höppner.
Die Beerdigung hat am 9. April, dem zweiten Feiertag, auf dem Georgen-Kirchhof in Weißensee stattgefunden. 37/12
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes Herrn
Karl Friedrich
Berlin, Frankfurter Allee 93
findet morgen Donnerstag, vormittags 10 Uhr, im Krematorium, Berlin, Gerichtstraße 37, statt.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokrat. Verein Berlin II.
Soz. Partei Deutschlands.
Am 2. April verstarb in einem Feldlazarett, im Alter von 41 Jahren, unser Genosse, Unteroffizier
Otto Zitromski
Böckhstr. 27.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. April, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Garnisonkirchhof (Hasenheide) statt.
Der Vorstand.

Als Opfer dieses Völkerringens fiel fern von seinen Lieben am 30. März 1917 mein innigstgeliebter Mann, guter treusorgender Vater seiner beiden Kinder, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Armierungssoldat, frühere Magistratsarbeiter
Richard Gaedicke
im 39. Lebensjahre. 24R
In tiefer Trauer
Frau Martha Gaedicke
geb. Gorges,
Fritz und Lieschen,
als seine Kinder,
und Verwandte.
Berlin, Dieffenbachstr. 69.
Wer trägt die Schuld an dem herben Geschick, — was vernichtet hat mein Lebensglück? — Um mich ist's traurig, um mich ist's schwer, — ich habe Dich nun und nimmermehr. — Kein Flehen und kein Weinen gibt ihn mir zurück, — vorbei ist Liebe, Hoffnung, Glück. — O Schicksalsmacht, noch faß ich's kaum, — wo bist du hin, mein schöner Traum?
Lieber Vater, schlaf in Ruh, unsere Liebe deckt Dich zu!
Fritz und Lieschen.

Die Einäscherung unseres so jäh aus dem Leben geschiedenen lieben Bruders und Schwagers, des Landsturmmannes
Karl Friedrich
Frankfurter Allee 354 wohnhaft gewesen, findet morgen Donnerstag, den 12. April, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. 2153b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Berlin, Charlottenburg, Tempelhof.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 215/10*]
Sprechstunden: 11—1 und 6—8

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Reuters Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Fredy-
Zigaretten zu Fabrikpreisen!
1000 Zig., Kleinvk. 1,8 Pf., 17—18 M.
1000 „ „ 3,0 „ 24—26 M.
1000 „ „ 4,2 „ 32—35 M.
1000 „ „ 6,2 „ 46—52 M.
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.
Zigarren am Lager.
Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.
Berlin, **Brunnenstr. 17** Hof II
Geöffnet 8—7, Sonntag 12—2 Uhr. 145L.*] Tel. Norden 2343.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadtbhf. Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Meine Flechte
für deren Beseitigung mir von Aerzten seit etwa einem Jahre alle möglichen Mittel verschrieben wurden, die aber nichts halfen, ist jetzt durch Ihr Spezialmittel fast
verschwunden.
Charlottenburg, Walter W., Reichels Flechtenbalsam, seit 25 Jahren glänz. bewährt. 38.L.75
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

Beste Stoffe **Wunderbare Auswahl!** Fescheste Formen

Reizende Kostüme u. Mantelkleider
Prachtstücke, entzückende Formen. Fesche Neuheiten, gediegene Stoffe (Modelle), Kammgarn, Tuch, Seide
250,— 200,— 154,— 120,— 96,—
Fesche Kostüme (jugendliche Formen)
80,— 69,— 55,— 42,— 35,— 26,—

Setagummi (Seidenmäntel) gesetzlich
geschütztes Fabrikat, feine Farbenstellungen, flotte Formen, weite Glockenschnitte
180,— 125,— 100,— 75,— 69,— 56½
Gummimäntel mit passender Kappe, gedeckte praktische Farben, nette Formen
68,— 56,— 49,— 36,— 28,— 24,—

Feinköper (Coverkostmäntel) Glockenformen, flotte
Aufmachungen 125,— 100,— 75,— 55,—
Einfache Ausführungen 42,— 30,— 28½

Plüschmäntel
Mohär-Plüsch, Seidenplüsch, wundervolle Ausführungen auf Seide
250,— 200,— 150,— 98,—

Pelzmäntel
Persianer, Electric, fesch ausgeführt, feine Felle, gediegene Arbeit, 1500,— 1000,— 600,— ziemlich langer Phantasie-Pelzmantel mit Pelzbesatz 275,—

Ulster
teils Friedensqualitäten, mollige Stoffe, wundervolle Formen
150,— 100,— 75,— 50,—
Einfache Ausführungen
45,— 35,— 28,—

Seidenkleider Modelle 150,— 100,—
Seiden-Röcke 70,— 50,—
Loden-Pelerinen 16,—
Passendes für stärkste Figuren vorrätig.
Staubmäntel aus Friedensstoffen 50,— 36,— 25,— 18,—
Auswahlsendungen nach außerhalb.

I. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
Westmann
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Der 15. April – der nächste Sonntag – ist Nationaltag für die 6. Kriegsanleihe.

Aufruf
an die Groß-Berliner Bevölkerung!

Um Dasein und Zukunft, um Bestand und Entwickelung, um äußere und innere Freiheit ringt das deutsche Volk im Weltkrieg. Zu Lande und zu Wasser haben unsere Tapferen draußen bisher stets die Feinde niedergerungen.

Heilige Sache der Daheimgebliebenen ist es, die im Felde Stehenden zu stärken, zu stützen, zu rechter Zeit die rechten Mittel zu geben für den Endkampf. Allgemeine Wehrpflicht ist deutscher Stolz, ist deutsches Opfer. Die allgemeine Pflicht, den Kriegsanleihen beizusteuern, steht keines Zolles Breite dahinter. Auch sie ist des ganzen Volkes Sache. Es gilt nicht nachzulassen, unsere Kraft wächst mit unserem Willen durchzuhalten und zu siegen! Die 6. Kriegsanleihe muß alle vorangegangenen Kriegsanleihen übertreffen.

Darum: Oeffnet den Beutel! Auch die kleinste Beisteuer bringt dem Geber das schöne Bewußtsein, als das Vaterland rief, nicht gefehlt zu haben. Laßt Euch mittragen, Ihr bedächtig Zögernden und ängstlich Zagenden, durch die allgewaltige Liebe zum deutschen Vaterland.

Hell und kraftvoll mahnend gehe der Werberuf durch Stadt und Land, von Mund zu Mund! Hell und zuversichtlich sollen ihn unsere Helden zu Land, zu Luft und zu Meer hören.

Tut Eure Pflicht, dann ist der Sieg unser!

Zeichnet die 6. Kriegsanleihe.

Die Werbeausschüsse.

Aelteste der Kaufmannschaft, Berliner Handelskammer, Potsdamer Handelskammer, Handwerkskammer.
Magistrate von Berlin, Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf.

Am Sonntag, dem 15. April, sind alle Zeichnungsstellen der Kriegsanleihe offen.

Kriegs-Eheirrungen.

Im „Geraischen Tageblatt" waren unlängst 28 Sünderinnen öffentlich genannt, die sich im Bereiche des Generalkommandos von Kassel sündiger Liebe schuldig gemacht haben. Die einen werden nur sanfterer, beinahe platonischer Regungen bezichtigt — die Liste nennt das „Vertrauliche Annäherung an Gefangene" —, die anderen aber werden derb und deutlich des „Geschlechtsverkehrs mit Gefangenen" bezichtigt, und es sind auch die Strafen angegeben, die den Sünderinnen aufdiktiert wurden. Eine Direktorsfrau bekam 6 Monate Gefängnis, eine Frau in Erfurt erhielt gar wegen „Geschlechtsverkehr mit Kriegsgefangenen" — man brachte den Plural — nicht weniger als 18 Monate, das ist 1½ Jahr Gefängnis.

Ich möchte mich für die Direktorsfrau oder für die Dame in Erfurt keineswegs ins Zeug legen. Die Damen sind wahrhaftig nicht sympathisch, wenigstens nicht auf Grund ihrer Versündigungen. Aber ich erinnere mich, ganz ähnliche Listen auch in Tiroler Blättern gelesen zu haben, dieselben Brandmarkungen, dieselben Verbrechen, denn das Delikt ist wohl ein internationales, nur war die Straftaxe in Oesterreich viel gelinder. Drei oder acht Tage Arrest, wenn es hoch ging, ein Monat. Je mehr nach Norden, desto höher wird vermutlich die Taxe für dieselbe Sache. Gott weiß, wieviel Jahre Zuchthaus für das bißchen Vergnügen in Königsberg ausgeteilt werden würde.

Der Gedanke, daß erotische Vergehen mit Gefängnis gesühnt werden sollen, wäre in Friedenszeiten von allen Seiten abgewiesen worden. Man erinnert sich an den Unwillen, den vor Jahren die Annäherung von Großstädterinnen an ausgestellte Negertruppen erregte. Man spottete, man höhnte mit Recht über die instinktlosen und hemmungslosen Weiber, die Weiß und Schwarz ungeniert mischen wollten. Es regnete Couplets und Volkswitze über die kleinen Negerjungen, die einen Berliner Geburtsschein bekamen, obwohl ihr dunkler Vater längst wieder an der heißen afrikanischen Küste im Sande lag. Eine Frau, der eine solche Entgleisung nachgesagt wurde, war in ihrem Viertel nicht länger gelitten, der Hohn, der Spott, auch die Verachtung der Berliner vertrieb sie in andere Gegenden. In solchem Volksurteil kommt ein durchaus gesunder Instinkt zum Durchbruch. Aber Gefängnis für eine Verirrung — dagegen hätte sich dazumal der Volksinstinkt mit gleicher Entschiedenheit gewendet! In puncto puncti hat der Staat niemandem etwas dreinzureden, sofern keines Nebenmenschen Gesundheit gefährdet wird. So dachte man in vergangenen Friedenstagen. Ja, es gab sogar einen deutschen Dichter, der ein dickes Buch „Aschanti" veröffentlichte, das von nichts anderem handelte als von der Leidenschaft eines dekadenten Jungwieners für Nabadu, ein wundervoll geformtes schokoladenbraunes Negermädchen. Vor einem Gerichtshof von weißen Rassezüchtern wäre der verrückt-verliebte Peter Altenberg zweifellos zu einigen Jahren Zuchthaus oder zu dauernder Entmannung verdonnert worden, wenn es eben damals, in weit zurückliegenden Friedenstagen, irgendeinem Menschen eingefallen wäre, Sexualverirrungen dieser Art mit Gefängnis zu sühnen. Nein, das Gelächter derer, die im Lande bleiben und weiße Frauen lieben wollten, schien damals Korrektur genug.

Im Krieg ist das anders. Von Millionen Menschen wird jetzt erotische Enthaltsamkeit verlangt, und mancher, der sichs früher nicht zugetraut hätte, lebt jetzt monatelang wie ein Mönch. Im besonderen der Gefangene wird kurzweg als geschlechtsloses Wesen angesehen, obwohl eine höhere Einsicht einen Paragraphen in der Genfer Konvention fordert, die auch dem Gefangenen sein natürlichstes Recht nicht vorenthält. Aber Genfer Konvention, höhere Einsicht, natürliches Recht des einzelnen — über lacht denn nicht, wenn er diese Vokabel von vorgestern hört?

In der Wirklichkeit sind dem Manne oft genug Auswege möglich. Der Frau aber legt der Krieg strengste Gesetze auf! Ich weiß nicht, welche Milderungsgründe die zu 18 Monaten verurteilte Sünderin für sich vorbrachte, aber ich kann mir denken, daß man sie nicht gelten ließ. Vielleicht wird sie vorgebracht haben, daß ihr Mann seit eineinhalb Jahren fern von ihr gewesen. Aber darauf würden ihr die Richter mit Entschiedenheit geantwortet haben, daß eben diese Trennung sie zu besonderer Treue verpflichten müßte. Wohin kämen wir, wenn . . .! Das ist eine strenge, aber, wie ich meine, sehr gesunde Logik. In der Tat: Was in Friedenszeiten lässlich schien, das ist in Kriegstagen durchaus anders, mit viel strengeren Augen anzusehen. Dieser Krieg würde mit einer verwüstenden Zerrüttung aller Bande verknüpft sein, wenn der einzelne sich so gehen lassen wollte, wie er es in vergangenen Friedenstagen auf Diskussionsabenden als sein gutes Recht betonen durfte. Eine junge Frau, die ihren Mann zwei Jahre entbehren mußte, mutet damit ihren Sinnen Außerordentliches zu. Aber verlangt der Mann, der draußen im wässerig-gefrorenen Schützengraben liegt oder täglich 40 Kilometer in Sturmschritt zurücklegt, nicht Ungewöhnliches von sich? Jeder von uns kennt junge Frauen, die bei Kriegsbeginn blühend, rund und glücklich waren, nun verhärmt, mager und melancholisch geworden sind. Die Entbehrung der Liebe ist kein geringes Opfer für sie, ganz besonders für die Arbeiterfrau, die mit Lilienkron seufzend von sich sagen muß: „Kurz ist der Frühling!" Aber dieser opfervolle Krieg hat von jedem von uns Leistungen unerwarteter Art gefordert. Er hat von den jungen Frauen stille Opfer der Treue verlangt, die ihnen zuweilen nicht einmal gedankt werden. Mancher Armen ist in diesen drei harten Jahren der Frühling des Liebreizes dahingeschwunden und die junge Frau wird traurig wenn, sie in den Spiegel schaut. Dennoch kann sie nicht anders als treu sein, und die Kasseler Sünderinnen würden ihre allerstrengsten Richterinnen gerade unter den Frauen finden.

Freilich, wenn der Treubruch der Frauen mit anderthalb Jahren Gefängnis bestraft wird, wie viel tausend Jahre Gefängnis müßten dann an die treubrechenden Männer vergeben werden? Es soll sogar im Feindesland dann und wann zu „vertraulichen Annäherungen" gekommen sein. Der gesunde Sinn des Volkes weiß aber ganz genau zu unterscheiden zwischen Sünde und Sünde. Eben deshalb, weil der Volksinstinkt in dieser Richtung für gewöhnlich das Richtige trifft, die richtige Duldung und die richtige Intoleranz, eben deshalb wird mancher finden, daß die Arbeit der Gerichte hier nicht am Platze ist. Anderthalb Jahre für ein paar Kosestunden — das ist die Taxe in Kassel. In Erfurt war sie nur ein Drittel so hoch. Es wird schwer sein, festzustellen, welches die gerechte Straftaxe ist?! Zuviele zufällige Erlebnisse der Richter spielen da mit, vor allem das eigene Alter der Richter.

Richter, die sich an ihre eigene Jugend noch erinnern, werden in solche Senate besser passen als ehrwürdige Greise, die sich nicht mehr recht darauf besinnen können, daß auch sie einmal — lang, lang ist's her — von Frühlingstrieben beunruhigt waren.

M. Kohlhaas.

Augenruck und Lesepause.

Neben geschichtlichen und allen möglichen anderen Gründen, die die Gegner der Fraktur (sog. deutschen) -schrift für die Antiqua (lateinischen Schrift) ins Feld zu führen pflegen, spielt gewöhnlich die bessere Lesbarkeit der Antiquaschrift eine Rolle. Zu dieser Frage nimmt Prof. Herbertz in den „Grenzboten" Stellung, indem er kurz zusammenstellt, was die psychologisch-physiologischen Untersuchungen über die Tätigkeit des Auges beim Lesen ergeben haben.

„Augenrucke" und „Lesepausen" sind es, die dabei in Frage kommen. Früher, so noch von Helmholtz, nahm man an, es gäbe in der Zentralgrube des gelben Fleckens der Netzhaut ein punktförmiges Gebiet deutlichsten Sehens, und die Augen müssen beim Streben nach deutlichem Sehen danach trachten, ein Bild des zu beobachtenden Gegenstandes auf diesen Punkt zu entwerfen. Bei Gegenständen von auch nur geringer Ausdehnung, beispielsweise bei Druckbuchstaben, sollten dann deren einzelne Teile den Punkt deutlichen Sehens nacheinander durchlaufen. Wäre dies richtig, so würde das Erkennen der Schriftzeichen beim Lesen bei ständig bewegten Augen und während dieser Augenbewegung erfolgen. Durch Versuche namentlich durch die von B. Erdmann und R. Lodge ist nun erwiesen, daß die Annahme unrecht ist: die Augenbewegungen beim Lesen vollziehen sich nicht ununterbrochen, sondern ruckweise, und das Erkennen der Schriftzeichen erfolgt nicht während dieser Augenrucke, die dazu keine Zeit lassen, sondern während der Ruhepausen, die demgemäß als Lesepausen im eigentlichen Sinne zu bezeichnen sind. Es kommt also alles darauf an, das Gesichtsfeld des in der Lesepause ruhenden Auges, das sogenannte „Lesefeld", zu untersuchen.

Dieser Arbeit hat sich Erdmann unterzogen, und Prof. Herbertz hat ähnliche Untersuchungen angestellt. Das übereinstimmende Untersuchungsergebnis ist, daß das Erkennen der Schriftzeichen, das eigentliche Lesen, während der Lesepause sich nach der sogenannten optischen Gesamtform nicht einzelner Buchstaben, sondern der Buchstabengruppe vollzieht, die während der Lesepause das Lesefeld erfüllt. Insbesondere kommen nicht etwa einzelne, besonders hervorstechende Merkmale einzelner, sogenannter „dominierender" Buchstaben in Betracht, sondern einzig und allein die Gesamtform des Lesefeldes. Für dieses Lesen spielen die isolierten Buchstabenbestandteile für sich gar keine Rolle, die Gesamtform des Lesefeldes ist vielmehr entscheidend, und in dieser Hinsicht hat eine Unzahl von Versuchen ergeben, daß die Fraktur zum Vergleiche nicht künstliche Lesebedingungen schaffen darf, die gar nicht vorkommen; daß ein Wort, das allein aus großen Frakturbuchstaben besteht, kaum lesbar ist, braucht man nicht erst zu zeigen. Allein, wenn man die Großbuchstaben nur als Anfangsbuchstaben benutzt, so heben die das charakteristische Gesamtbild bei der Frakturschrift vielmehr heraus als bei der Antiqua. Umgekehrt läßt sich leicht zeigen, wo die Antiqua der Fraktur in bezug auf deutliche Lesbarkeit offenbar nachsteht: Zentrumsturm — heißt das Zentrum-sturm oder Zentrumsturm. Ist Versendung oder Vers-endung, und ist die „Masse des Kreischens" ein-, zwei- oder mehrdeutig? Heißt es Maße oder Masse, Kreischen oder Kreischen? Diese Mängel der Antiquaschrift lassen sich nur beseitigen, wenn man die entsprechenden Zeichen der Frakturschrift neu in die Antiqua einführt.

Psychologisches zum Witterungswechsel.

Die gegenwärtige Uebergangszeit hat trotz Steigen des Thermometers den von der schlechten Winterwitterung geplagten Bewohnern Nord- und Mitteleuropas noch keine reine Freude bereitet. Trotzdem die strenge Kälte wieder einmal der Vergangenheit angehört, wird die Uebergangsperiode wegen ihrer Unbeständigkeit auch nicht gerade als besonders angenehm empfunden. Ueber die näheren Ursachen dieses Unbehagens lassen sich interessante Ausführungen über die Psychologie des Witterungswechsels von Doktor A. H. Rose in der Umschau entnehmen. Psychologisch von Bedeutung ist vor allem die Feststellung, daß Kälte an sich verhältnismäßig leicht zu ertragen ist, während Wind bei auch nur einigermaßen niedriger Temperatur und feuchter Luft weit stärkeres Unbehagen verursachen kann. Vorübergehende, selbst sehr erhebliche Kälte machte den Durchschnittsmenschen angeregt und tatenlustig. Der genannte Erregungszustand wird mit dem Bedürfnis der Stoffwechselsteigerung in Zusammenhang gebracht, die wieder durch die Notwendigkeit verursacht wird, dem Körper durch Bewegung seine Eigenwärme zu erhalten. Ermattend wirkt der gerade die heurige Uebergangszeit charakterisierende Wind, da er eine allgemeine Muskelermüdung hervorruft. Mäßige Luftbewegung ist bei warmer Temperatur angenehm, weil sie die Wärmeabgabe des Körpers fördert. Steigert sich der Wind aber über ein Mittelmaß, so wirkt er unangenehm, weil er eine zu starke Austrocknung der Haut hervorruft. Die Ueberanstrengung der Gesamtmuskulatur durch den Wind erklärt sich dadurch, daß wir als Gegenmaßnahme die Muskeln anspannen, und daß Auge und Ohr einen über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Druck ertragen müssen. Diese Erscheinungen steigern sich naturgemäß, wenn zur Zeit des Windes die Temperatur auch nur einigermaßen kalt ist. Die Feuchtigkeit der Luft verursacht eine weitere Ermattung, wodurch das Unbehagen der Uebergangszeit psychologisch erklärt erscheint.

Notizen.

— Vorträge im Kgl. Botanischen Garten und Museum. Von Beamten des Kgl. Botanischen Gartens und Museums wird während der Sommermonate eine Reihe von Vorträgen über die Verwendung nutzbarer Gewächse, besonders der heimischen Flora, veranstaltet werden. Die Vorträge finden statt um 5 Uhr nachmittags pünktlich im Großen Hörsaal des Kgl. Botanischen Museums, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Straße 6—8, und sind mit Besichtigungen im Botanischen Garten verbunden. Der Besuch ist unentgeltlich; Kinder unter 14 Jahren können nicht zugelassen werden. Als Gegenstände der Vorträge sind in Aussicht genommen: 1. Mittwoch, 18. April: Gemüsepflanzen (Prof. Dr. Graebner); 2. Mittwoch, 2. Mai: Oelpflanzen (Prof. Dr. Gilg); 3. Mittwoch, 16. Mai: Kaffee, Tee, Kakao und Ersatzstoffe dafür (Prof. Dr. Loesener); 4. Mittwoch, 30. Mai: Heimische Faserpflanzen (Dr. Ulbrich); 5. Mittwoch, 13. Juni: Nutzpflanzen des Orients (Prof. Dr. L. Diels); 6. Mittwoch, 27. Juni: Arzneipflanzen (Prof. Dr. Gilg); 7. Mittwoch, 11. Juli: Hülsenfrüchte (Prof. Dr. Harms); 8. Mittwoch, 25. Juli: Mehlsurrogate (Prof. Dr. Graebner).

— Im wissenschaftlichen Theater der Urania hält Prof. Dr. Schwahn einen Vortrag über „Werden und Vergehen im Weltenraum", der von zahlreichen neueren Himmelsaufnahmen begleitet, die Wunder des Universums zur Darstellung bringt. Am Sonnabend wird der Vortrag noch einmal wiederholt werden.

— Zum Direktor des Wiener Burgtheaters ist ein Beamter des österreichischen Unterrichtsministeriums, Max von Millenkovich, ernannt worden, der unter dem Pseudonym Max Morold geschriftstellert und neben anderem auch einige Operntexte verfaßt hat.

63]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

Plötzlich rasselten Droschken vom Bahnhof heran. Mehrere der Wagen, die sich in schneller Fahrt näherten, waren von graugekleideten Männern besetzt. Gendarmenmützen blinkten in der Ferne. Alle blieben gleichzeitig auf dem Marktplatz stehen.

„So viele Gendarmen? Was hat das zu bedeuten?" ging es von Mund zu Mund.

Es blieb nicht lange Zeit zu Vermutungen. Auf ein bestimmtes Kommando stoben die Wagen nach allen Richtungen auseinander; die einen zum Wall, die anderen nach Feinbubes Hotel, zwei nach dem Leinbramschen Hause, und einige nach den Wohnstätten bekannter Hehler. Die letzte endlich, in der Hordyj in Gesellschaft des hageren Offiziers saß, hielt vor der Gruppe der Polizisten an, die noch mit den Flaggen beschäftigt waren.

Auf Hordyjs Wink sprang der auf dem Bock sitzende Gendarm herunter und näherte sich den Polizisten. Inzwischen war auf dem Markt eine allgemeine Panik entstanden. Die Leute wurden ganz bleich vor Angst. Die Polizisten schleppten die Leitern fort und zogen sich mit unsicheren Mienen zurück. Im selben Augenblick stürzte Pinkas herbei, der in Tagejews Auftrag erfahren sollte, ob die Flaggen schon entfernt waren.

Hordyjs Begleiter fuhr von seinem Sitz auf und starrte den häßlichen, rotköpfigen Juden an.

„Jossele!" rief er, komm hierher!"

Jossele erkannte in dem Gendarmerieoffizier sofort jenen „Gutsbesitzer aus Litauen", dem er seinerzeit „angenehme Bekanntschaften" vorgeschlagen hatte. Er sah sich nach allen Seiten um, wohin er fliehen könnte. Aber Hordyj bemerkte dieses Manöver und streckte die Hand aus.

„Verhaften!" sagte er rasch mit trockener Stimme.

Der Gendarm packte Pinkas mit kräftigem Griff am Arm. Er riß sich los.

„Warum soll ich verhaftet werden?" rief er.

„Am Kragen packen und zum Bahnhof!" befahl Hordyj.

Der Gendarm packte Pinkas zum zweitenmal an und führte ihn mit eiserner Hand nach dem Bahnhof.

„Das ist ein Ueberfall auf offener Straße!" schrie Pinkas.

„Die Spitzbuben werden verhaftet!" hieß es auf dem Marktplatz.

„Vielleicht hört unser Elend jetzt endlich auf!"

„Etwa vierzig Gendarmen sind gekommen!"

„Seht, seht! Sie gehen zur Polizei! Zu Tagejew!"

— — — — — — — — — — — — —

Tagejew ging unterdessen, von einer seltsamen Unruhe getrieben, in seinem Zimmer auf und ab und biß fluchend an seinen Nägeln.

Plötzlich vernahm er ein kurzes Klingeln.

Er öffnete allein.

Vor ihm stand Hordyj in seiner veilchenblauen Uniform, ruhig und hochaufgerichtet.

„Ich habe mit Ihnen zu sprechen!" sagte er in trockenem, amtlichen Ton.

Tagejew zeigte ihm, ohne ein Wort zu sagen, die Salontür. Hordyj und der ihn begleitende Offizier traten ein. Ihnen folgte mit schweren Schritten Tagejew, gealtert, mit herabhängender Unterlippe und nervös umherirrenden Augen.

XII.

Ein hygienisches Gefängnis. — Kunde aus der Ferne. — Die Erscheinung Jankas. — Der fremde Staatsbürger. — Spurlos verschwunden. — Eine seltsame Nacht. — Durch die Mauer getrennt. Im Geiste vereint.

Die Kellerstube, in die sie Klitzki eingesperrt hatten, trug den Anschein einer „rücksichtsvollen" Hygiene, mit denen die Menschen ihre Grausamkeiten vor fremden Augen zu verbergen pflegen.

Es war hell und luftig, auch wurden Gesundheitsmaßregeln beobachtet, aber das alles war nur zum Schein. Es war eine hygienische Folter. Klitzki fühlte das, und seine Empörung wuchs noch mehr.

„Sie werden von mir nichts erfahren!" beschloß er.

Aber vergeblich wartete er auf seine Vernehmung.

Drei Tage waren vergangen, ohne daß sich bei ihm jemand melden ließ. Nur der Gefängnisaufseher erschien wie ein Automat mit stumpfem, mißtrauischem Gesicht, um ihm das Essen zu bringen und andere Dienste zu verrichten.

Am dritten Tage, als seine Ungeduld aufs höchste gespannt war, vermochte Klitzki sich nicht länger zu beherrschen und sprach den Diener an:

„Wann werde ich vernommen?"

Der Aufseher zuckte die Achseln, ohne ein Wort zu sagen Klitzki sehnte sich, eine menschliche Stimme zu hören.

„Bestellen Sie, daß ich so schnell wie möglich vernommen werden muß."

Derselbe stumpfe Blick und dasselbe Schweigen waren die Antwort.

„Warum antworten Sie mir nicht!? Meine Frage betrifft doch amtliche Angelegenheiten!" rief Klitzki, indem er ungeduldig von seinem Stuhl aufsprang.

Der Aufseher ging gleichgültig zur Tür und verschwand dahinter. Der Schlüssel klirrte, der Riegel wurde vorgeschoben und wieder herrschte Schweigen.

Klitzki horchte ungeduldig auf das leiseste Geräusch auf dem Korridor, aber niemand kam. Als der Aufseher das Mittagessen brachte, fragte er ihn:

„Haben Sie die Bestellung ausgerichtet?"

Ein kaum merkbares Blinzeln mit den Augen diente als Zeichen der Bestätigung.

„Wann kommen sie denn?"

Wortloses Achselzucken und schweres Keuchen eines abgearbeiteten Tieres.

Klitzki verlor plötzlich die Kraft. Die Arme hingen ihm schlaff herab. Schweigend starrte er auf die vor ihm stehende Schüssel . . .

Langsam ging der lange Frühlingstag zu Ende. Gegen Abend wurde Klitzki wieder von Unruhe erfaßt. Er hörte Schritte auf dem Korridor. Durch die Tür vernahm er sogar die Worte:

„Eine Kranke . . . Wahrscheinlich eine Verrückte!"

Dann wurde alles wieder still.

Niemand hatte sich bei Klitzki gemeldet. Als der Aufseher das Abendessen brachte, sprach er ihn nicht mehr an.

Die Nacht verbrachte er schlaflos. Erst gegen Morgen verfiel er in einen unruhigen Schlummer. Er sah Janka so deutlich vor sich, daß er sich jäh auf seinem Lager aufrichtete. Mit seinen überreizten Nerven fühlte er tatsächlich ihre Gegenwart. Er hätte schwören mögen, daß sie irgendwo in der Nähe vor Angst verging und sich nach ihm sehnte. Er streckte die Hände aus:

„Janka, meine Janka!"

Schweiß bedeckte seine Stirn.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Tobias Buntschuh.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Fasching.**
Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Kabale und Liebe.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**
Komödienhaus
7½: **Die verlorene Tochter.**
Berliner Theater
7½ Uhr **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
7 Uhr: Arbeiter-Vorstellung auf Veranlassung d. Kriegsamtes: **D. Pfarrer von Kirchfeld.**
Donnerstag: **Peer Gynt.**
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Kammersänger.
Comtesse Mizzi. I. Klasse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Dir. Professor Dr. P. Schwahn:
Werden und Vergehen im Weltenraum.

Theater für Mittwoch, den 11. April.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Carmen.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrnfeld-Theater.
7½ U.: **Der Stolz der Familie**
Freitag, d. 13. April, zum 1. Male: **Ehe-Urlaub.**
Kleines Theater
7½ U.: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
7 Uhr 20 Min.: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7½ Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min: **Die Czardasfürstin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
7½ U.: **Die Warsch. Zitadelle.**
Schiller-Theater O
7½ U.: **Alt-Heidelberg.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7½ Uhr: **Die Kammerwahl**
Thalia-Theater
7 Uhr 25 Min.: **Das Vagabundenmädel.**
Theater am Nollendorfpl.
3½ Uhr: **Hamlet.**
7½ U.: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück.**
Trianon-Theater
7½ U.: **Der alte Feinschmecker.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau."
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäßigten Preisen!

Palast Theater am Zoo
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Gastspiel Georg Baselt!
Mit **neuen** Einlagen
Die erfolgreiche, heit. Revue:
Berlin im Krieg

Kaninchen kauft
Abgezogen . . . . . . Pfd. 3,—
Im Fell, ausgenommen . . „ 2,75
Ausgeschlachtete Ziegen . . „ 3,50
Tasche, Planufer 21. Hochbahn Hallesches Tor.

Wie ein Wunder
beseitigt 18082*
San.-Rat Dr. Strahls **Hausfalbe**
jeden Hautausschlag, Flechten, **Hautjucken, bes. Beinschaden, Krampfadern** der Frauen u. dergl. Original-Dosen zu M. 2,-, 3,50 u. 6,— versendet **portofrei Elefanten-Apotheke Berlin,** Leipziger Str. 74. (am Dönhoffpl.).

Möbelfabrik Berolina
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz für das Geschäftsjahr 1916.

Aktiva.

Kassenbestand	1 580,70
Warenbestand	40 340,—
Maschinen	1 800,—
Werkzeuge	1 900,—
Inventar	200,—
Debitoren	13 462,10
Banken	5 665,30
Kautionen	250,—
Konto Dubio	10,—
	65 208,10

Passiva.

Kreditoren	3 910,96
Akzepte	1 000,—
Interims-Konto	200,—
Anteil-Konto	210,—
Darlehn-Konto	58 580,16
Gewinn	1 306,98
	65 208,10

Im Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse ausgeschieden und keiner beigetreten. Die Genossenschaft hat 7 Mitglieder mit einer Gesamthaftsumme und einem Geschäftsguthaben von je 210 M. 195/11
Der Vorstand.
H. Krebs. Karl Kauert.

Zelluloid- | Film-
und
Hartgummi-Abfälle
kauft **Orbower,** Georgenkirchstraße 50, beim Alexanderplatz, 9—12, 3—6 Uhr. 22/4*

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83–85.
Geschäftszeit von 9—1 und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Rohrleger und Helfer!
Donnerstag, den 12. April, abends 8 Uhr:
Allgemeine Branchen-Versammlung
im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15 (Saal 1).
Tagesordnung:
1. Dringende Branchenangelegenheiten und Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen unbedingt erforderlich.
178/7 **Die Branchenkommission.**

Eine Million 200 000 Stück Zigarren
hauptsächlich Hamburger Fabrikate von M. 98.— bis M. 390.— per 1000 Stück
in 1/10 und 1/20 Packungen.
Alles bessere Qualitäten. Preisliste steh. zu Diensten.
Muster nur in Originalkisten ab Hamburg geg. Nachnahme oder Voreinsendung.
John Heinr. Hauschildt & Co.
Zigarrengroßhandlung, Hamburg I. 1872L*

Für Schuhmacher 14X*
Gestanzte Flecke (gesiebt), gemischt, in allen Größen . Pfd. 5 M.
Ovale Sohlenschoner, gemischt, in drei Größen . . . „ 4 „
Runde Schoner in 5- und 10-Pf.-Größen . . . . . „ 3 „
Bruno Sensfus, Leder-Abfälle, Weißensee, Langhansstr. 33. Tel. Weiß. 191.

Circus Busch
Heute 7½ Uhr:
Das große April-Programm.
Georg, Leo Rauch, Koko etc.
Zum Schluß:
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die
versunkene Stadt.

National-Theater.
Köpenicker Str. 68.
½8 Uhr:
Studentenliebchen.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Vorverkauf ab 10—2 und 6 Uhr.

Apollo
Friedrichstr. an der Kochstr.
Allabendlich 7½ Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
7½ Uhr: **Das neue April-Progr. Negro, 4 Remies. Fr. Steidl**
8½ Uhr: Allabendlich stürm. Beifall.
Großer Heiterkeitserfolg
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Puppchen.**

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Der Protzenbauer.
Gebirgsposse mit Gesang in 4 Aufzügen von Franz Hartl-Mitius.
Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

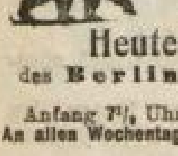
Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Heute u. täglich:
Das neue große Programm.
Musik.-phant. Verwandl.-Akt von 4 Pers.
N. n. kurze Zeit! D. gr. Illusion **Eine Flucht** m. Hindernissen.
Gebr. Wittas Akrobaten.
Dir. A. Schumanns Meisterdressur.
Der große equestrische Teil u.
Die Seeräuber.
Gr. Ausst.-Pr.-Pantom. i. 4 Akt.

Wintergarten
Lucy Kieselhausen mit ihrem Ballett
im **neuen April-Spielplan!**
Paul Beckers

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Findelkind.

Walhalla-Theater.
3½ Uhr: **Max und Moritz.**
7½ U.: **Der fidele Bauer.**

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett **auf dem Eise.**
7½ Uhr. Verzügl. Küche.


Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert**
des Berliner Konzerthaus-Orchesters,
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Verkäufe

Kostüme, Covertcoats, Seidenmäntel, Glockenröcke, Seidenblusen verkauft in schicken Macharten Falk, Chausseestraße 48, eine Treppe. (Kein Laden.) Sonntags geöffnet. 21841*

Leihhaus Warschauerstraße 7. Verkauf allerlei neuer Waren! Pelzgarnituren! Herrengarderobe! Bettenverkauf! Plüschdecken! Tüllgardinen! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Allerbilligste Preise! 1608*

Obstbäume, Beerenobst, Rosen, Ziergehölze in reicher Auswahl. Baumschulen Tempelhof, Albrechtstraße. Fernsprecher: Tempelhof 739.

Frischmelkende Ziegen, auch hochtragende, und Lämmer verkäuflich, Lichtenberg, Wartenbergstraße 63. *

Leihhaus Rosentaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft Anzüge, Paletots, Ulster, neue Maßgarderobe, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse. Goldene, silberne Herrenuhren, Damenuhren, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. 181K*

Frühjahrsmantel, helles und dunkles Kostüm. Klopstockstraße 23, Vorderhaus, Kutsche. 2154b*

Transportable Ställe verkauft Schneider, Oberschöneweide, Nalepastraße 5. †80

Möbel

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen mehrere moderne Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchenmöbel, Büfette, Bücherschränke, Schreibtische, Ruhebetten mit Decken, Säulentrumeaus mit Facetteglas, Ausziehtische, Tüllgardinen, Uhren, Teppiche, Standuhren jeder Preislage und sonstige auch gebrauchte Einzelmöbel zum billigen Verkauf. Otto Ibeles Möbelspeicher, Möckernstraße 25. *

Riesenlager! Daher selten billige Angebote. Elegantes schwereichen Speisezimmer, seltene Gelegenheit, komplett 1435,—, etwas kleiner 865,—, Klubsessel, Klubsofa, prima Saffianleder, Gobelins in großer Auswahl und billigsten Preisen. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 165K

Mahagoni, Birke, Tabacco, Birnbaum, Eichen Schlafzimmer, in gediegener Ausführung, liefert erstaunlich billig Berliner Möbelhaus, Stralauerstraße 25. Hochbahn, Kottbusertor. 154K

Kaufgesuche

Schellack. Leim jedes Quantum kauft Hinz, Große Frankfurter Straße 16. 18422*

Werkzeuge, gebrauchte und neue Treibriemen, Spiralbohrer, Fräser, Werkzeugmaschinen, Abreißmagnete kauft laufend für eigenen Betrieb Heinrich Briest, Stallschreiberstraße 59 und Beusselstraße 5, Laden. Telephon Moabit 2898. *

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetallges.; außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.) *

Staunende Preise für Möbelstücke, ganze Einrichtungen, Warenläger, Pelzsachen, Federbetten, Teppiche und Nachlässe zahlt Goldmann, Danzigerstraße 49. Königstadt 7631. *

Leinölfirnis, Emaillelack, sämtliche Oellacke, Borax, Bienenwachs, Kopal, Kolophonium, Leim, Zeresin, Paraffin, Terpentinersatz kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Thaerstraße 6. 17292*

Platinabfälle bis 7,60 Mark per Gramm. Ketten, Ringe, Uhren, Bestecke, Tafelaufsätze, Tressen, Glühstrumpfasche, photographische Rückstände, Film- und Zelluloidabfälle sowie sämtliche edelmetallhaltigen Abfälle, deren Rückstände und Gekrätze kauft Edelmetallschmelze Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Vertreterbesuch. 171K

Glühstrumpfasche kauft Blümel, Augustistraße 69 I. 241/2*

Elektrische Leitungsdrähte, isolierte alte und neue, Litzen für Schwach- und Starkstrom kaufe jeden Posten. Trapp, Wittenbergplatz 3. Steinplatz 4659. 24/15*

Sektkorken, Weinkorken, Kunstkorken kauft W. Reike, Steglitz, Bergstraße 2. (4—7.) 18662*

Sparmetalle, und zwar Kupfer, Messing, Zink und Zinnlegierungen kauft zur Erfüllung von Kriegslieferungen im Auftrage der Kriegsmetall-A.-G. Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. Vertreterbesuch. 171K*

Kaufe alles, Firnis, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Noack, Große Frankfurterstraße 25. 26/2*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Hausdiener sofort gesucht. Meldungen von 9½—1 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1608*

Maler, Lackierer, Vergolder verlangt Lindenstraße 16/17. 21455*

Schlosser auf Militärarbeit verlangt Ed. Buß, Tempelhof. 90K*

Fellerabzieher verlangt Nicdrowski, Stendalerstraße 4. †85

Korbmacher auf 98er sucht Krause, Schillingstraße 24. †82

Maschinen-Schlosser, Maschinen-Arbeiter sucht Maschinenfabrik Buße, Neukölln, Weserstraße 178. †34

Schlosserlehrling verlangt Seelig, Hollmannstraße 10. 2141b

Lehrmädchen aus achtbaren Familien, im Alter von 14—16 Jahren, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen mit Schulabgangszeugnis und in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in unserer Personal-Verwaltung, III. Etage. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24.

Hausdienerinnen, kräftig, sofort gesucht. Meldungen von 9½—1 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21—24. 1608*

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition, Spandau, Moltkestraße 7. *

Tüchtige Maurer
und Arbeiter
für **Lichtenberg und Gartenfeld bei Spandau** für dauernde Arbeit gesucht.
Hugo A. Singer, Prüßwände,
Schöneberg, Genestraße 4.
18132* Telephon: Lützow 1656.

Wir suchen sofort
tüchtigen Maschinisten und einen Heizer.
Berlin-Neuroder Kunstanstalten A.-G.,
18772* **Brandenburg a. H.,** Bauhofstr. 31/32.

Schuhmacher
auf gutlohnende Militärstiefel (Eindindearbeit) sofort gesucht.
Carl Fuchs, Schuhfabrik,
18672* **Roßwein.**

Eisendreher,
welcher alle Dreharbeiten selbständig ausführen kann, sucht für dauernde Stellung 26/3
Danneberg & Co.,
Frankfurter Allee 319.

Steindruckmaschinenmeister
für **Merkantil sofort gesucht. Dauernde Stellung.** 21505
Lüdtke, Belle-Alliance-Str. 82.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
Kupferschmiede, Spleißer, Schlosser, Klempner.
Mercur Flugzeugbau G. m. b. H.
Berlin SO., Treptower Str. 36/43.

Sattlergesellen
f. Schnallklappen u. Strippenaufnähen verlangt **Lemcke,** Revaler Str. 16.

Blattsägeschneider
verlangt Rüdersdorferstraße 26. 28/4

Maurer
werd. sof. eingestellt, Kriegsbau. Erfabau 10.
Artilleriewerkst. Spandau.
Meldung beim Polier Hoffmann.
Akt.-Ges. für Bauausführungen.

Kräftige Arbeiterinnen
für dauernde Arbeit für alle Abteilungen unseres Betriebes sofort gesucht. 20K
Hermann Meyer & Co.
Aktiengesellschaft. Waldstr. 11/12.

Arbeiterinnen, Packerinnen 1878*
sucht **Filigo,** Chem. F., Gutenbergstr. 3.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake Engros
F. Ernst Borch, Elsasserstr. 21.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Barteldstr. 2a, Fernsp. Kgst. 12708

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 59 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
G. Meier, Grünerweg 27.

Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 14
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 31a

Bandagen, Gummiw.
R. Hanke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 188

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram

August Holtz 11 Detail-Geschäfte.

Bierbrauerei., Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 37 Tel. Kgst. 2031, 2032

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Fritz Baldwurst, 5a

Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerst. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26.

Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 28, Ecke Prinzen-Allee.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 7
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr.

Kolonialwaren
Adam Schmig, Schliemannstr. 11.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E.Seest

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Kaiserstraße 44.
Neukölln, Elbestr. 23, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 155, Friedelstr. 33
Treptow, Grätz-Straße 64.

Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 1919

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 21.

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 2, auch Gelegenheitskf.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
40 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Semper idem

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148

Schreibwaren
O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 41

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 44

Versicherungen
„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3.
Sterbekassenversicherung.

Spandau
Scheuerlein, Breitestr. 33, Putz-, Wäsche.